

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Schwerpunkt Stadtentwicklung

Nr. 399

28.11.1996

Hallo zusammen,

diesmal war schon Montag Nachmittag Redaktionsschluß, da uns die angekündigte Textsammlung zu Stadtentwicklung wirklich termingerecht erreicht hat. Großes Lob und hoffentlich großes Beispiel.
Vielleicht entwickelt sich daraus eine Debatte, mit welchen Mitteln und welchen BündnispartnerInnen wir den Herrschenden die Hauptstadt und den „Standort Berlin" madig machen können.
Einen Großteil Eurer Texte für diese Woche haben wir auf die nächste Nummer verschoben, don't worry.
Ansonsten war diese Woche ja auch einiges los. In Kreuzberg gab es eine kurze Verkehrsberuhigungsmaßnahme vor dem Rathaus, in Friedrichshain wurde die Bullenwache in der Marchlewskistraße mit einem Molli angegriffen. Am Sonntag gab es außerdem noch einen Brandanschlag auf die Firma von Peter Hellmich, seineszeichens Besitzer des geräumten Hauses in der Palisadenstraße (s. Erklärung im Heft). Im Zusammenhang mit der abgedruckten Bastelanleitung wollen wir Euch darauf hinweisen, daß ein Zeitverzögerer mit unbestimmten Zündzeitpunkt ein Risiko birgt. Ihr müßt abschätzen, was in der Zeit passieren kann, auch wenn er eine halbe Stunde später zündet. Ein Zünder mit Glycerin ist nicht unproblematisch, da Glycerin bei Kälte langsamer fließt, als wenn es warm ist. Testet den also den Zünder; bevor Ihr ihn verwendet bei der entsprechenden Temperatur.
Außerdem wurde am Samstag während der Antifademo ein Haus in der Kopernikusstraße besetzt.
Schon zum zweiten Mal in diesem Jahr veranstalteten die Nazis der Jungen Nationaldemokraten unbehelligt eine Demo, während zeitgleich 2000 Antifas unbeeindruckt davon in Friedrichshain demonstrierten. Gerade angesichts so großspuriger Motti wie „Antifa heißt Angriff" oder „Mach ne Faust aus deiner Hand" sind solche Nichtmobilisierungen zu Treffen der Faschisten eine politische Peinlichkeit.
Politische Peinlichkeiten, viele Fragen, viele Unsicherheiten - trotz alledem wissen wir noch ein paar Sachen ganz genau: Z. B. machen wir keine Werbung zum Aufbau einer bolschewistischen Partei.
Wir sind immer noch mehr als gespannt auf die ausgefüllten Fragebögen, die Ihr uns hoffentlich bald schickt.
Ein liebes Hallo an Mattes, wir hoffen, daß Du erstmal ruhig durchatmen kannst nach dem Auftauchen!

Tschüß, bis nächste Woche

Inhalt:

Schluß mit Polizeirazzien am Breitscheidplatz

Auf dem Breitscheidplatz fährt seit dem 21. August 96 nahezu täglich -und bis zu fünfmal am Tag- die Polizei vor, greift sich bevorzugt dunkelhäutige Menschen heraus, führt Personen-und Paßkontrollen durch, transportiert sie in Handschellen ab und behandelt sie erkennungsdienstlich:
"Die Razzien stellen ein gezieltes und gewolltes rassistisches Vorgehen der Polizei gegen hier lebende ImmigrantInnengruppen und auch gegen obdachlose Menschen und andere Minderheiten dar. Die ausführenden Polizeiorgane verfahren hierbei gemäß des rassistischen Stereotyps `Ausländer = Drogendealer` und prägen durch derartige Razzien in der Öffentlichkeit die Wahrnehmung und Verfestigung dieses Stereotyps, das von den verantwortlichem Innenpolitikern des Landes und Bundes produziert und von weiten Teilen der Medien reproduziert wird" (ARI).
Die Aktionen am Breitscheidplatz werden mit der "repräsentativen Lage" begründet, ähnlich ist es am Hermannplatz, am Alexanderplatz sowie in und vor den Bahnhöfen.
Der Breitscheidplatz neben der Kriegsruine `Gedächtniskirche` ist einer der von der Polizei aufgrund des "Allgemeinen Sicherheits-und Ordnungsgesetzes" (ASOG) ausgewiesenen "gefährlichen Zonen". Das Gesetz setzt sämtliche Persönlichkeitsrechte außer Kraft
Guatemala-Komitee und Plattenkommune Neukölln unterstützen die Aktion der Antirassistischen Initiative(ARI) am Breitscheidplatz gegen kontrollierte Sicherheitszonen und repressive Praktiken von Politik und Polizeiapparat

es weihnachtet-bitte kostümieren, für Plätzchen und Beschriftung wird gesorgt

29.11.96.

15.30- 18.00 am Breitscheidplatz
oder am Haupteingang Zoo
(eventuell mit Beschallung)

Unfriedliche Aktionen der Hausbesetzerszene

n Mittwoch, dem 20. November 1996, gegen 17:40 Uhr, spannten neun bis zehn m Teil vermummte, bisher unbekannte Täter ein Transparent mit der Aufschrift

„KEINE RÄUMUNGEN - GEGEN DEN HAUPTSTADTWAHNSINN
ES GIBT KEINE INNERE SICHERHEIT"

Höhe Yorckstraße 4 - 11 , in Berlin-Kreuzberg, über die davorliegende Fahrbahn.

der Folge wurden Müllcontainer auf die Straße gerollt und ein Molotowcocktail f die Fahrbahn geworfen, welcher sich entzündete.

ie Polizei bittet alle Personen, die Hinweise auf die Täter oder den Tathergang ben können, sich mit dem Landeskriminalamt in Verbindung zu setzen.

Hinweise bitte an: Der Polizeipräsid Landeskriminal Platz der Luft 12096 Berli Telefon 6

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Was wird aus Berlin?

Eine Frage, die alle zu bewegen scheint, außer die linksradikale Szene dieser Stadt. Erstaunen, Fassungslosigkeit und Erstarrung oder das Erleben der eigenen Schwäche in unseren Reaktionen sind zu erkennen, doch was noch?
Es mag sogar allerlei sinnvolle Einzelintiativen geben, doch eine breitere Diskussion, ob und wie wir in laufende und zukünftige Entwicklungen eingreifen können, gibt es nicht.
Wir wollen mit der Textsammlung sowohl für die theoretische Diskussion Anregungen liefern, als auch verschiedene Teilaspekte beschreiben, die für uns im Zusammenhang mit der Stadtentwicklungspolitik stehen. In diesem Punkt sind wir ganz und gar nicht vollständig, doch wird deutlich, daß sich unterschiedliche politische Ansatzpunkte überschneiden und es nahelegen, zusammen gedacht zu werden und eine Zusammenarbeit - zumindest punktuell - sinnvoll erscheinen lassen.

Als theoretischer Hintergrundartikel ist der erste Text zu **"Glocalisierung"** zu begreifen. Wir versuchen darin, den modischen Begriff der Globalisierung etwas klarer zu machen. Dabei möchten wir zeigen, daß die Städte die zentralen Knotenpunkte der globalisierten Weltwirtschaft sind und zugleich die Orte, "an dem die Globalisierung sich 'verräumlicht' und konkret wird." Warum versuchen die Städte, sich zunehmend wie Unternehmen zu gebärden und zu strukturieren? Welche Interessen kommen dabei zum tragen? Wer steht diesem Stadtentwicklungsmodell im Weg oder soll die Kosten dafür tragen?

Wie sich die stadtplanerischen "Visionäre" die europäische Stadtentwicklung konstruieren, wird in dem kurzen Textausschnitt aus dem Architektur-Fachblatt *Arch+* deutlich. Hier wird die betriebene Hierarchisierung und Aufgabenverteilung der europäischen Städte eindeutig benannt.

Wo und wie in Berlin die planerische und bauliche Umsetzung der bisher hierher beschriebenen Prozesse stattfindet ist, Gegenstand des dritten Textes **"Stadtentwicklung und Städtebau".** Verschiedene Aspekte, die im ersten Artikel angesprochen sind, wie zum Beispiel die weichen und harten Standortfaktoren tauchen hier wieder auf unter der Fragestellung wie sie sich im Städtebau widerspiegeln. In der baulichen Umsetzung kommt oft das zum Ausdruck, was als Verschwinden des Öffentlichen Raums bezeichnet wird. "Dies meint, daß ganze Areale/Plätze/Straßenzüge durch ihre Nutzung oder und durch Privatisierung zu Räumen definiert werden, welche nicht mehr jedem Menschen zugänglich sind."

Die Beschreibung der Verhandlungen um das *Tacheles* hat dann die Ebene des einzelnen Projekts erreicht, das durch die immer weiter gehende Kommerzialisierung und Einbettung in ein 'Gesamtkonzept Mitte' auch zum verschwundenen Raum wird.

Den Text von Ruth Becker haben wir ausgewählt, weil er zeigt, daß eine **feministische Kritik der Stadtentwicklung** über das Erkämpfen von "frauenfreundlichen" Räumen hinausgehen muß. Am zentralen Beispiel der **Wohnungsbaupolitik** stellt der Text den Zusammenhang her zwischen geplantem und planerischem Sexismus und Umverteilungsprozessen von unten nach oben. Der wichtige Aspekt der Vernichtung von billigem Wohnraum wird allerdings weder von Becker noch von uns tiefergehend behandelt.

Die Stadt war schon immer das Ergebnis und zugleich Ursache von **Migration.** Die "neue" Migration ist im direkten Zusammenhang mit neoliberaler Deregulierungspolitik zu sehen. Globalisierung bedeutet in diesem Kontext, daß der Markt in den Ländern des Trikont Gründe für weltweite Flucht schafft, zugleich aber auch zunehmend trikontinentalen Verhältnisse innerhalb der Metropolen benötigt. So haben wir einen Text mit in die Sammlung aufgenommen, der sich mit Flucht aus der ehemaligen SU nach Berlin befaßt. Er soll das Augenmerk auf einen konkreten Teilaspekt der Globalisierung richten und damit auf die Breite des Spektums der Themen überhaupt hinweisen.

Die **"Sicherheit"** ist Gegenstand des 7. Textes. Mit ihm soll deutlich gemacht werden, wie mit dem Diskurs zu Kriminalität und Sicherheit ein verändertes Konzept von Kontrolle und Ausgrenzung etabliert werden soll.
Erweiterungen polizeilicher Kompetenzen (Stichwort "gefährliche Orte"), Diskussionen über Sicherheitszonen um/für Regierungsgebäude sind darin genauso enthalten wie die privaten Sicherheitsdienste, um die es in dem Artikel in erster Linie geht.
Ziel dieser Konzepte ist die "Lösung" sozialer Probleme dadurch, daß sie aus dem Blick, soll heißen: aus den Stadtzentren geschafft werden.

Zum **Schluß** versuchen wir, unsere eigene Stellung innerhalb dieser Entwicklungen zu betrachten und darüber nachzudenken, in welche Richtungen es weitergehen könnte.

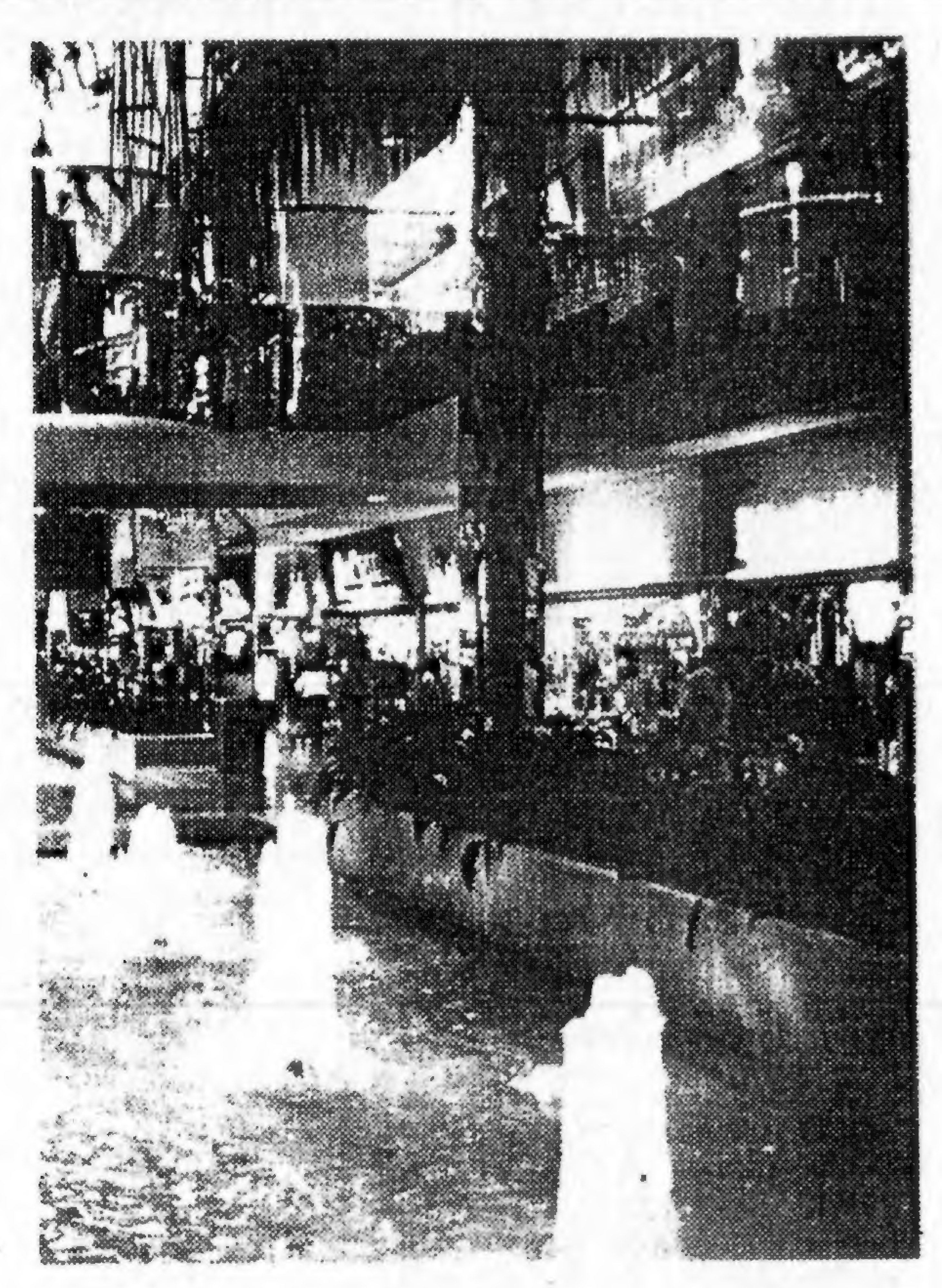


Global - local - glocal

Die Städte sind die Orte, an denen sich globalisierten Märkte, konkrete lokale Ausbeutung - sowie der Widerstand dagegen - vermitteln

„Globalisierung" - neoliberale Ideologie, linker Kampfbegriff oder Analyseinstrument?

Der Begriff „Globalisierung" erlebt seit einiger Zeit eine gewisse Popularität. Von herrschender Seite wird er gerne ideologisch benutzt, um die neoliberalen Konzepte mit dem „Sachzwang Weltmarkt" zu legitimieren, dem sich niemand durch nationale oder lokale Politik entgegenstellen könne. Aber auch in der linken Rhetorik wird des öfteren und recht diffus von der Macht der „Globalisierung" geredet. Dabei bleibt etwas rätselhaft, was an dieser Stelle den Unterschied macht zu dem, was schon seit Jahrzehnten zu beobachten ist. Schließlich operiert das Kapital nicht erst seit gestern



international. Und die Unterwerfung immer neuer Bereiche unter multinationale Verwertungsinteressen gehört genauso zum Kapitalismus dazu wie die Zerstörung der Bedingungen, die er ausbeutet. Was unterscheidet also die 'alte' internationale von der neuen globalen Ökonomie?
Während die multinationalen Konzerne früher vor allem die Durchdringung der nationalen Märkte im Auge hatten, geht es nun verstärkt um die Vorherrschaft auf einem Weltmarkt, der die nationalen Grenzen überwindet. Dabei organisieren die Konzerne ihre internen Fertigungsabläufe global, in einem Prozeß fortschreitender betrieblicher Dezentralisierung. Damit sind bestimmte Probleme hierarchischer Kontrolle und Ineffektivität besser in den Griff zu kriegen: Nicht alles muß über den Chef-Tisch in der Zentrale und umgekehrt verliert die Zentrale um so mehr die Kontrolle, je weiter sie vom Produktionsstandort entfernt ist. Das kann zum Beispiel dazu führen, daß im Zuge sogenannter „vertikaler Desintegration" einzelne Produktionsabläufe aus dem Unternehmen komplett ausgelagert werden, weil es billiger ist, diese an eigenständige Betriebe zu vergeben. Das können hochspezialisierte, innovative, kleine High-Tech-Firmen sein, die dann als Zulieferer operieren, aber ebenso eine Reinigungsklitsche, die zu Niedrigslöhnen die schmucken Glaspaläste putzt.

Wir haben es also auf der einen Seite mit wachsend oligopolistischer[1] und zentralisierter Macht zu tun, auf der anderen mit zunehmenden Tendenzen zur Auslagerung und Streuung in der Produktionssphäre. Was auf den ersten Blick wie ein Widerspruch erscheint, ist aber das eigentlich Neue[2] an der Entwicklung. Einzelne Teile der Produktion können jeweils über den ganzen Globus an die Orte mit den optimalen, jeweils lokal unterschiedlichen Ausbeutungsbedingungen verteilt werden: Baden-Württemberg für das innovative Milieu, Polen für billige HandwerkerInnenarbeit, China für monotone Massenproduktion etc.[3] Gleichzeitig werden diese verstreuten Produktionsstätten logistisch in den

---

[1] Ein Oligopol ist eine Variante des Monopols, bei der die Macht auf ganz wenige Unternehmen konzentriert ist.

[2] Wenn hier von „neu" die Rede ist, meinen wir Prozesse, die seit etwa einem Vierteljahrhundert im Gange sind. Manche nehmen den Zusammenbruch der Bretton Woods-Währungssystems als Markstein, der für das Ende der ungebrochenen Dollar-Vorherrschaft steht, andere den sog. „Ölschock". Weniger umstritten ist die Wirtschaftskrise, die in den 70er Jahren einsetzte. Jedenfalls scheint ein wesentliches Kennzeichen des Übergangs vom Fordismus (siehe Kasten) zum Postfordismus der Umstand zu sein, daß „alte" (fordistische) Formen neben neuen (postfordistischen) weiterexistieren.

[3] Wir möchten allerdings nicht den Eindruck erwecken, als sei tatsächlich die ganze Welt in den Produktionsprozeß eingeschlossen. Es scheint vielmehr ein Kennzeichen zu sein, daß sehr selektiv bestimmte Räume eingebunden werden, während der Großteil weitgehend abgekoppelt ist, immer stärker abgekoppelt wird.

großen Zentralen der ökonomischen Macht (gar „just in time“) wieder zusammengefügt - neue Kommunikationstechnologien und dramatisch gesunkene Transportkosten machen's möglich.[4] Die Multis sind als „global players“ durch ihre Netzwerkstrukturen den Nationalstaaten überlegen und können diese gegeneinander ausspielen. War der Weltmarkt der Nachkriegszeit dadurch gekennzeichnet, daß da Nationalökonomien miteinander in Konkurrenz traten (eben inter-national), so hat beispielsweise die Damit ist zwar der Nationalstaat mitnichten arbeitslos (wie das mitunter behauptet wird). Aber die fordistische Allianz von Kapital, Staat und Gewerkschaften, die die Basis des „Wirtschaftswunders“ im Nachkriegsdeutschland darstellte, zerbricht. Für das Kapital erweist sich der nationale Rahmen mittlerweile als zu eng, der Staat will und kann z. T. auch nur noch bedingt direkt ökonomisch beispielsweise als Nachfrager intervenieren, und die Gewerkschaften verlieren aufgrund von Arbeitslosigkeit und sich ausdifferenzierenden Arbeitsverhältnissen zunehmend ihre ursprüngliche Basis und Macht: Die breite ArbeiterInnenschaft.

Bedeutungszuwachs der Stadt - „Think globally, act locally“

Globalisierung bedeutet eben nicht so sehr, daß überall auf der Welt die gleiche Musik gehört und das gleiche Brausegetränk geschlürft wird. Vielmehr ist das beschriebenen Zusammenspiel von Dezentralisierung und Rezentralisierung, von globaler Grenzenlosigkeit und ganz spezifischen lokalen Bedingungen der entscheidende Punkt. Auf manchen Ebenen ist als Folge der Durchkapitalisierung eine weltweite Angleichung zu beobachten, grundsätzlich sind gerade die jeweiligen (nationalen, regionalen, lokalen) Unterschiede Basis des Globalisierungsprozesses und gleichzeitig deren Ergebnis. Manche sprechen von einem umgestülpten Imperialismus und meinen damit, daß sich in der Peripherie und auch in den Metropolen zunehmend Unterzentren und Unterperipherien ausdifferenzieren.[5] Andere sprechen von einer Zersplitterung und Ausdifferenzierung räumlicher Strukturen. Die Stadt, die Region gewinnt dabei an Bedeutung; sie ist der Ort, an dem die Globalisierung sich „verräumlicht“ und konkret wird. Das internationale Kapital konzentriert dabei in sog. „Global Cities“ seine Macht und seine Finanzen. Gleichzeitig kommen Teile der Peripherie als Flüchtlinge in eben diese Zentren.

Kommt „Fordismus“ vom Ford?

Die Phase des Kapitalismus, die wir hier als „fordistisch“ bezeichnen, war gekennzeichnet durch die Durchsetzung von Lohnarbeit, größtenteils am Fließband. Die dadurch erreichbare hohe Produktivität zerstörte andere, z. B. subsistenzwirtschaftliche Formen der Produktion. Der eigentliche ‘Clou’ dieser Gesellschaftsformation lag in der Koppelung von ökonomischer Expansion und dem Wachstum der Masseneinkommen. Die vergleichsweise hohen Löhne ermöglichten die Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereichs, d. h. die ArbeiterInnen sahen sich sowohl in der Lage als auch gezwungen, die Massenprodukte zu kaufen, die sie in einem Prozeß extrem intensivierter Produktion hergestellt hatten. So konnte der ökonomische Kreislauf geschossen und die ArbeiterInnenschaft befriedet werden.

Der Automobilhersteller Henry Ford hat den Fordismus nicht erfunden, aber wesentlich geprägt. In den Ford-Werken wurden in den 20er Jahren erstmals relativ hohe Löhne gezahlt und die ArbeiterInnen in einen Prozeß intensivierter Produktion eingebunden, dem viele lange Zeit nicht gewachsen waren. Ford interessierte sich daher auch für die Zeit, in der „seine“ ArbeiterInnen nicht arbeiteten, sich reproduzierten. Er erkannte, daß nur eine ArbeiterIn, die sich auch in der Freizeit ständig diszipliniert, ebenso diszipliniert arbeiten kann. Diejenigen, die in seinem Sinnen einem disziplinierten Lebenswandel nachgingen (kein Alkohol, keine Exzesse, „ordentliche Verhältnisse“, Kleinfamilie etc.) wurden entsprechend belohnt.

Basis des Fordismus (und oft in ihrer Bedeutung vernachlässigt) ist die Durchsetzung der Ideologie der Kleinfamilie in der ArbeiterInnenschaft. Schon Ford hatte den sogenannten „Familienlohn“ gepredigt. D. h., der Mann sollte so viel verdienen, daß seine Frau nicht zu lohnarbeiten brauchte und sich ganz der Reproduktion der ausgelaugten (männlichen) Arbeitskraft widmen konnte. Diese Arbeit wurde in der Ideologie der Kleinfamilie zu „Liebe“ umgedeutet. Sosehr sich die Ideologie der Kleinfamilie durchgesetzt hatte, sowenig entsprach sie der Realität eines Großteils der Frauen, die weiterhin lohnarbeiten *und* Reproduktionsarbeit nahezu allein verrichten mußten.

Städtebaulicher Ausdruck des Fordismus ist die funktionsgeteilte, moderne Stadt. Nach dem Prinzip der Fabrik organisiert, verbinden große Straßen die verschiedenen Bereiche (Arbeiten, Schlafen, Freizeit, Konsum). Das ideologische Prinzip der fordistischen Stadt liegt in dem Anspruch an eine gewisse soziale Gleichheit und eine Vereinheitlichung der Kultur und des Raums. Lokale Unterschiedlichkeiten werden als ‘Ungleichzeitigkeiten’ gefaßt, die es zu modernisieren und zu beseitigen gilt. Voraussetzung, in dieser Stadt angemessen leben zu können ist der Besitz eines Autos - das Symbol des Fordismus schlechthin.

„Die Welt-Städte sind Motoren der Internationalisierung, insofern sie Magnete für Einwanderung und Kapitalinvestitionen sind, aber auch insofern aus ihren Zitadellen heraus die Unterwerfung anderer Orte und Regionen auf dem Globus geplant und exekutiert wird. Sowohl externer Imperialismus als auch interne Kolo-

[4] Auf andere Faktoren wie z. B. die Veränderung der internationalen politischen Rahmenbedingungen oder die Bedeutung der Kapitalmärkte wird hier nicht weiter eingegangen.

[5] Eine Textilarbeiterin in Thüringen verdient z. B. mit einer Vollzeitstelle nicht einmal mehr 1500.- DM brutto - wenn sie die überhaupt bekommt, denn die Arbeitslosenquote liegt extrem hoch. Während die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen sich zwischen 1980 und 1990 mehr als verdoppelt hat (138%), hat sich die Anzahl der Haushalte, mit mehr als 10.000.- DM im Monat fast verfünffacht (Huster, Ernst Ulrich 1996: Soziale Polarisierung - Wieviel Abstand zwischen Arm und Reich verträgt die Gesellschaft. In: Schui, Herbert; Spoo, Eckart 1996: Geld ist genug da. Heilbronn: Distel Verlag. S. 13-28).



Bild 104: „Sicherheitspersonal", Ansprechpartner für Fragen und Nöte der Besucher; hier: Kö Galerie, Düsseldorf

nisierung (auch der immigrierten Bevölkerung) sind das Hauptgeschäft der World City".[6] In dem Maße, wie Nationengrenzen für das Kapital durchlässiger werden, supranationale Wirtschaftsräume (wie die EU) den Fluß von Kapital, Informationen und Arbeit erleichtern, werden die Städte zunehmend zu eigenständigen Akteurinnen oder versuchen als solche aufzutreten. Sie „begeben" sich sozusagen direkt auf den Weltmarkt bzw. sind dort entsprechend internationaler Konkurrenz ausgesetzt.

Dabei betrachtet der lokale Staat zunehmend „seine" Stadt wie ein Unternehmen und immer weniger als Gemeinwesen. Um beim Wettlauf der Städte und Regionen mithalten zu können, muß eine solches Unternehmen 'fit' gemacht werden: "Früher war Berlin der Vorposten der Freiheit. Jetzt ist Berlin ein ganz normaler Wettbewerber mit Hamburg im Bereich der Medien und mit Köln und Frankfurt in der Frage des Finanzplatzes sowie mit Frankfurt und Hannover um die großen Messen. Außerdem steht Berlin in Konkurrenz mit Warschau, Prag Wien und Budapest bei der Frage, von wo aus die osteuropäischen Wirtschaftsräume entwickelt werden. ... Das ist aber nicht nur eine Frage der Effizienz und der Architektur, sondern auch des geistigen Humus in dieser Stadt." Schönbohm in der taz vom 21.11.96.

Das „Unternehmen Stadt" nach innen und außen umstrukturieren

Die Umstrukturierung nach innen hat zum Ziel, „überflüssige" Kosten abzubauen (z. B. durch eine „Verschlankung" der Verwaltung) oder „Reibungsverluste" aller Art zu minimieren. Es fällt nicht schwer sich vorzustellen, was da am meisten reibt und stört. Nach außen hin gilt es, möglichst viel der zukunftsträchtigen Industriezweige und Dienstleistungen anzulocken und die entsprechenden Konzerne dazu zu bewegen, sich in der Stadt niederzulassen. Das kann z. B. dadurch geschehen, daß attraktive Flächen als Bauland zur Verfügung gestellt werden und diese möglichst noch zu Preisen, die weit unter dem Marktwert liegen,7 oder in anderen Formen direkter und versteckter Subventionierung.

Ein anderer wichtiger Faktor für die Attraktivität eines Standortes ist die Ausstattung mit der gewissen Infrastruktur. Und schließlich kann von keinem Konzern verlangt werden, selbst für diese aufzukommen. Die Formel „lean production - fat enviroment" macht deutlich, daß innerbetriebliche „Verschlankung"-Strategien eng verknüpft sind mit dem Vorhandensein von Infrastruktur, ausgebildeten Arbeitskräften und einigermaßen befriedeten politischen Rahmenbedingungen. Das, was als Berliner „Sparhaushalt" in die Geschichte eingehen soll, ist ein massives Umverteilungsprogramm von unten nach oben. Denn sowohl der milliardenschwere Ausbau der Messe als auch der entstehende Hochtechnologiepark „Adlershof" sind von Kürzungen verschont geblieben. Wie oben beschrieben werden die - und darunter vor allem bestimmte - Städte zunehmend zu den Orten, an denen sich die globalen Märkte lokal niederschlagen. Dabei kommt also der Ausgestaltung der konkreten physischen Infrastruktur zum Transport von Waren, Arbeit und Information ein wachsend zentrale Bedeutung zu.[8]



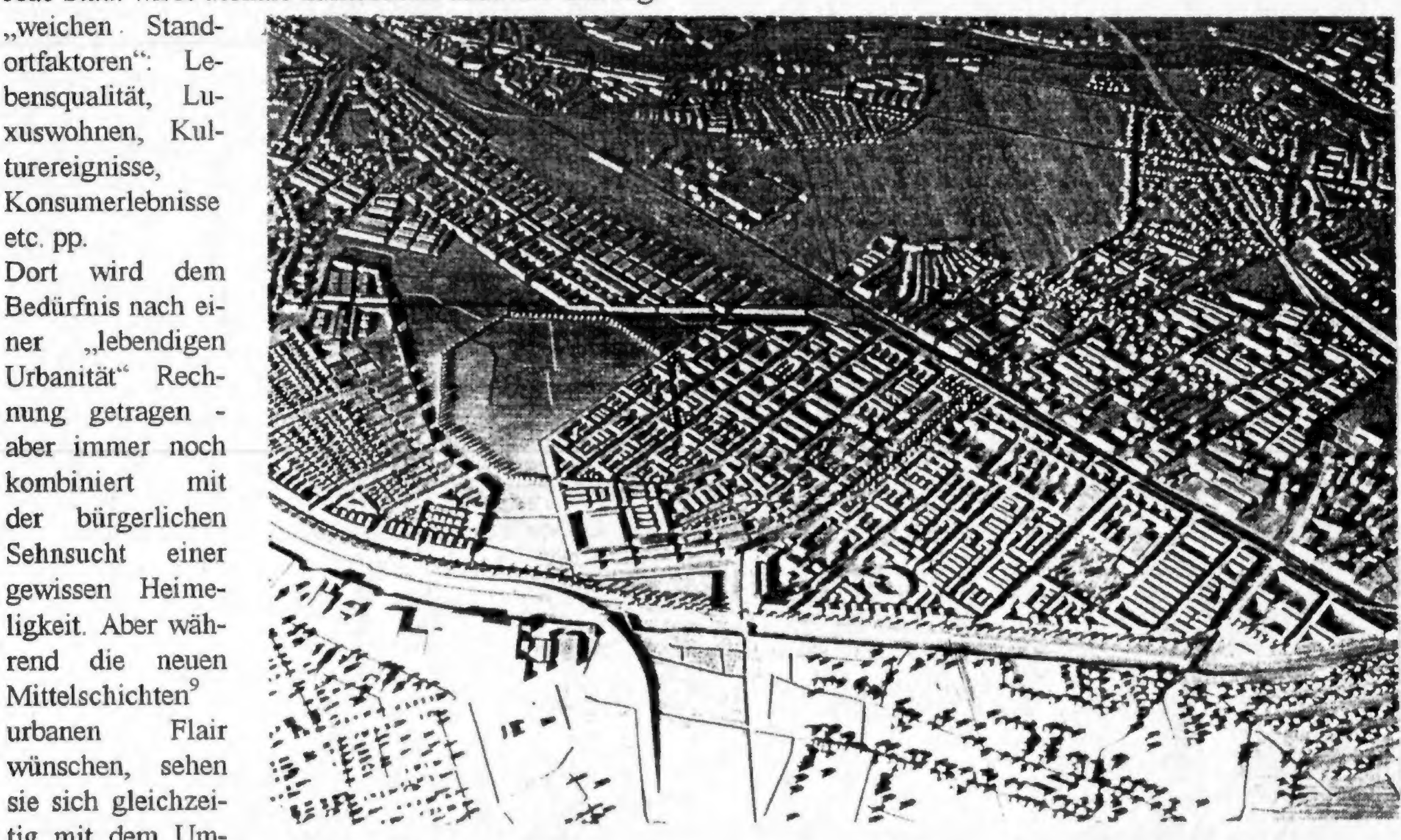
[6] Kipfer, Stefan; Keil, Roger 1995: Urbanisierung und Technologie in der Periode des Globalen Kapitalismus. In: Hitz, Hansruedi et al. (Hg.) 1995: Capitales Fatales - Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich. Zürich: Rotpunkt. S. 61-89.

[7] So geschehen beispielsweise am Postdamer Platz, wo Daimler-Benz einem privaten Anbieter ein kleines Areal zu einem qm-Preis von 13.000.- DM abkaufte. Wenige Wochen vorher hatte das Land Berlin den angrenzenden (größeren) Teil des Grundstücks gar nicht schnell genug an Daimler loswerden können: 1.505.- DM pro qm zahlte der „wichtigste Konzern Deutschlands", der nun am „wichtigsten Platz Deutschlands ... zu Hause ist", wie sich der damalige Stadtentwicklungssenator Hassemer freute (taz, 4.2.91).

[8] Die Deutsche Telekom und die Deutsche Bahn AG wollen zwischen 1996 und 2003 35 Mrd. DM in Berlin verbauen. Im gleichen Zeitraum werden für die Infrastruktur der Ver- und Entsorger über 27 Mrd. DM investiert.

„Weiche Standortfaktoren": Inszenierte Urbanität - handfeste Ausgrenzung

Ein Konzern ist ja auch nur ein Mensch, oder sagen wir: er wird von Menschen geleitet. Das sind nicht irgendwelche Menschen, sondern solche, mit ganz bestimmten Vorstellungen von ihrem beruflichen wie privaten Leben. Um einen Konzern in die Stadt zu locken, empfiehlt es sich daher auch, es besagten Menschen in der Stadt möglichst angenehm zu machen. Jede Stadt wirbt deshalb zunehmend auch mit den sog. „weichen Standortfaktoren": Lebensqualität, Luxuswohnen, Kulturereignisse, Konsumerlebnisse etc. pp.



Dort wird dem Bedürfnis nach einer „lebendigen Urbanität" Rechnung getragen - aber immer noch kombiniert mit der bürgerlichen Sehnsucht einer gewissen Heimeligkeit. Aber während die neuen Mittelschichten[9] urbanen Flair wünschen, sehen sie sich gleichzeitig mit dem Umstand konfrontiert, daß im öffentlichen Raum angesichts immer weniger die Atmosphäre eines Wohnzimmers unter freiem Himmel herrscht. Zum einen, weil Urbanität immer mit (Groß-)Stadt und damit auch mit Fremdheit, Anonymität, Widersprüchen etc. verkoppelt ist und zum anderen, weil sich dort auch die wachsenden gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen niederschlagen. Ausdruck des Versuchs, diesen Antagonismus irgendwie doch noch aufzulösen, sind die Passagen und Malls, in denen eine Art Pseudo-Öffentlichkeit inszeniert wird. In den hermetisch abgeschotteten Binnenwelten der Passagen wird ein „draußen" simuliert - bis hin zu künstlichen Wäldern oder plätschernden Wasserfällen unter Glaskuppeln. Diese Räume werden umgekehrt zunehmend als Prototyp des neuen öffentlichen Raums überhaupt angesehen: Die Innenstädte als eine einzige große Einkaufspassage in gediegener Mittelschichtsatmosphäre, in der man/frau unter sich bleibt. Bei den meisten dieser werbeträchtigen Projekte besteht ohnehin keine große Gefahr einer unerwünschten Vermischung. Kaum eine türkische Putzfrau verirrt sich in ein hochsubventioniertes Opernfestival, der Arbeitslose ergeht sich eher selten im Luxuskonsum und auch für Obdachlose ist die hochwertige Wohnlage nicht wirklich eine interessante Option. Der Ausschluß zu diesen Räumen vermittelt sich über Geld und äußere Erscheinung. Und dort, wo das nicht ausreichen sollte, tun Glastüren, Sicherheitsdienste und Bundesgrenzschutz[10] ein übriges.

Von der Kleinfamilie zum Single oder DINK[11]

Für diese neuen Mittelschichten sind die innenstadtnahen Quartiere aber nicht nur attraktiv, sondern für ihre Lebensweise notwendig. Während sich die Lebensweise der alten fordistischen Mittelschichten durch eine Zentrierung auf den privaten Haushalt auszeichnet, die wiederum nur auf der Basis geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung möglich war, so existiert bei den neuen Mittelschichten diese Haushaltsform kaum noch. Entweder wird allein oder zu zweit gewohnt, wobei im letzten Fall die Frau meist auch berufstätig ist. Mittlerweile machen die Haushalte mit drei oder gar mehr Personen, zumindest in den Großstädten, nur noch eine relativ kleine Gruppe unter den Haushalten aus. Bei aller Ideologie, die mit dem sog. „Familienlohn" verbunden war[12]: Für viele ist die „klassische" fordistische

---

9 Von manchen werden die neuen Mittelschichten auch neues KleinbürgerInnentum genannt. Dazu gehören hochqualifizierte FacharbeiterInnen ebenso wie der innovative Kleinunternehmer z. B. aus der High-Tech- oder Werbebranche.

10 Der BGS wird z. B. in den Bahnhöfen eingesetzt.

11 *D*ouble *I*ncome - *N*o *K*ids

12 Der von Henry Ford in seinen Fabriken eingeführte „Familienlohn" sah vor, daß der Mann ausreichend verdient, damit die Frau zuhause bleiben konnte und sich dort dem Haushalt und der Aufzucht der Kinder unter moralisch bedenkenlosen Bedingungen widmen konnte

Lebensform, die Kleinfamilie, als Lebensform entweder nicht mehr interessant oder nicht mehr praktizierbar. Dadurch verändern sich aber auch die Bedürfnisse, um die persönliche Reproduktion gewährleisten zu können. Wenn daheim nach der Arbeit nicht das Abendessen auf dem Tisch steht, geht mensch eben ins Restaurant. Wer seine freie Zeit nicht im trauten Familienkreise verbringt, für den wächst die Bedeutung eines Bekanntenkreises, der sich in einschlägigen Kneipen oder entsprechenden Kulturereignissen ohne großen Organisationsaufwand antreffen läßt. Unter diesen Bedingungen ist das Häuschen in der Vorstadt nicht mehr unbedingt der Traum im Grünen, vielmehr werden innenstadtnahe Wohnorte attraktiver. Und wenn sich bei eigener und hausfraulicher Abwesenheit die Wohnung nicht mehr von selbst putzt, sucht man sich jemanden, die das tut. Wenn dabei auf eine der unzähligen Migrantinnen zurückgegriffen wird, bleibt es auch erschwinglich.

Moderne Dienstleistungsgesellschaft?

An dieser Stelle zeigt, welch unterschiedliche Konsequenzen der vielzitierte „Wandel der Lebensstile" für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hat. Während gerne so getan wird, als nähme das Maß an individueller Freiheit und Entscheidungsfähigkeit für den/die EinzelneN zu, so zeigt sich vielmehr, daß genau die Klassen mit der Definitionsmacht ihren Lebensstil in Form von demonstrativem Konsum stilisieren können, während unter gesellschaftlichen Polarisierungsbedingungen die anderen zwischen Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe oder illegaler Beschäftigung wählen können.

Auch im Zusammenhang mit den Begriffen „Dienstleistungsgesellschaft" oder „postindustrielle Gesellschaft" wird oft ein Bild entworfen, von einer Stadt, in der es keine „schmutzige" Industrie mehr gibt und alle in gepflegter Erscheinung ihren Klimaanlage-gekühlten Tätigkeiten nachgehen. Zwar nimmt tatsächlich die Zahl der Beschäftigten im Industriesektor ab,[13] das heißt aber nicht, daß nicht mehr industriell produziert, sondern eben mit weniger ArbeiterInnen und vielleicht nicht im unmittelbaren Stadtgebiet. Und hinter der Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektors verbergen sich zwei ganz verschiedene Trends: Zum einen nimmt der Anteil derjenigen zu, die in den gut bezahlten und hochqualifizierten Positionen unterkommen (Finanzgeschäfte, AnwältInnen, Werbung, Management etc.) und gleichzeitig nimmt die legale und illegale, jedenfalls meistens prekäre Beschäftigung im absoluten Niedriglohnsegment zu (Gastgewerbe, BotInnen, Bewachungspersonal, Reinigungsarbeiten, Baby-Sitten etc.). Diese schlecht bezahlten Dienstleistungstätigkeiten machen den oben beschriebenen Arbeits- und Lebensstil der neuen Mittelschichten überhaupt erst möglich. So wie die veränderten Produktionsbedingungen andere Lebensweisen sowohl hervorbringen wie auch voraussetzen, so verändern gewandelte Lebensweisen auch die Nachfrage nach Arbeit.

Gentrification

Verändert wird selbstverständlich auch die Nachfrage nach Wohnraum. So wird nicht nur die City umgewandelt, damit die neuen Mittelschichten dort ungestört Konsum und Arbeit nachgehen zu können, sondern es findet zudem noch ein Angriff auf die innenstadtnahen Wohnquartiere statt. Dieser als „Gentrification" bezeichnete Prozeß führt dazu, daß Luxusmodernisierungen und Umwandlungen in Eigentum billigen Wohnraum vernichten. Dieser Prozeß wird noch von staatlicher und kommunaler Seite dadurch verschärft, daß man die Bindungen im Sozialen Wohnungsbau auslaufen läßt,[14] daß Luxus-Aufwertung

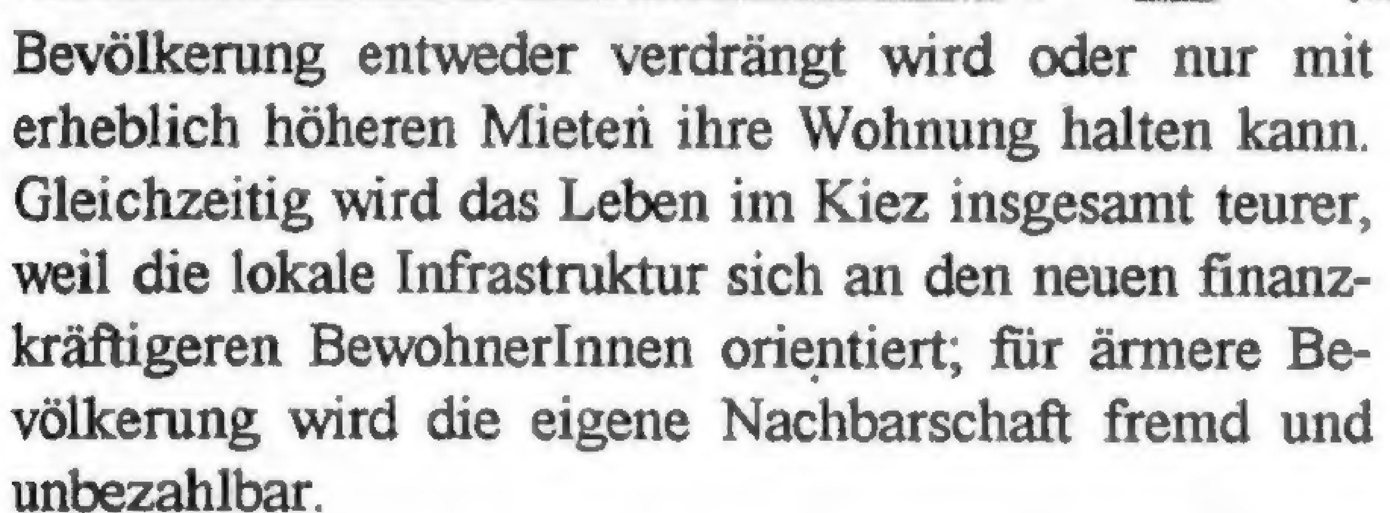
(bzw. mußte). Faktisch war aber auch unter fordistischen Bedingungen ein großer Teil der Mütter berufstätig. Aufgrund der Ideologie des Familienlohns waren sie mit der Niedrigbewertung ihrer Lohnarbeit (und dem daraus folgenden Vorwurf, schlechte Hausfrau zu sein) bei Mehrfachbelastung schlecht angesehen und schlecht bezahlt.

[13] ... und hinterläßt eine große „Reservearmee", die nicht so ohne weiteres in anderen Bereichen unterkommen kann. Allein in Berlin werden von den übriggebliebenen 200.000 Industriearbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren nochmal 40.000 abgebaut werden (Tagesspiegel, 12.6.96).

[14] Die Mieten für diese Wohnungen können dann „frei" verhandelt werden. Ein großer Teil der Wohnungen wird auch zu Eigentumswohnungen umgewandelt.

unterstützt[15] und das Mietrecht gelockert wird. Während der soziale Wohnungsbau drastisch heruntergefahren wird (2,8 Mrd. an Bundesmitteln), macht der Staat für die Eigentumsförderung immerhin 17,5 Mrd. locker. Welche Schichten in den Genuß dieser Mittel kommen, ist unschwer abzuschätzen.[16]
Das alles führt dazu, daß die angestammt angestammte





Bevölkerung entweder verdrängt wird oder nur mit erheblich höheren Mieten ihre Wohnung halten kann. Gleichzeitig wird das Leben im Kiez insgesamt teurer, weil die lokale Infrastruktur sich an den neuen finanzkräftigeren BewohnerInnen orientiert; für ärmere Bevölkerung wird die eigene Nachbarschaft fremd und unbezahlbar.

Perspektiven?

Angesichts solcher Prozesse ist mensch fast geneigt, der fordistischen urbanen Vergesellschaftung nachzutrauern. Dies hieße aber dann doch dem Mythos aufzusitzen, der ja gerade von der Linken bekämpft wurde. Angesichts von Edelmodernisierungen in der Innenstadt mögen die Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus plötzlich in den Regenbogenfarben der Klötze am Böcklerpark erleuchten. Aber nachdem wir jahrelang Kahlschlagsanierung, Stadtautobahnbau, die Unwirtlichkeit der Großsiedlungen, den Sexismus im Wohnungsbau und in der Struktur der Eigenheimsiedlungen, die Ödnis der Innenstädte, die ökologischen Verwüstungen der Suburbanisierung usw. als Ausdruck der fordistischen Stadtentwicklung bekämpft haben, können wir jetzt nicht dabei stehenbleiben, tatsächliche oder gar vermeintliche fordistische Errungenschaften zu verteidigen.
Beim Kampf gegen fordistische Stadtentwicklung ging es u. a. darum, sich dem Vorhaben der Planer(innen?) entgegenzustellen, die aus der Stadt einen homogenen Raum machen wollten. Alles, was im fordistischen Kompromiß keinen Platz hatte, sollte einer funktionalistischen Auffassung von Stadt weichen. Heute werden Differenzierungen innerhalb der Stadtstruktur von den Herrschenden gewünscht und vorangetrieben. In Frankfurt haben die GRÜNEN vorexerziert, wie - mittels des Diskurses um urbanen Multikulturalismus - drastische soziale Unterschiede kulturalisiert und zur „Vielfalt der Lebensstile“ hochgejubelt wurden.



Wir beabsichtigen mit dieser Textsammlung, das Neue in der Auseinandersetzung um die Stadt deutlich zu machen. Dabei möchten wir nicht so verstanden werden, als sei die Zurichtung der Stadt auf das Tauschwertinteresse der Herrschenden nur noch eine Frage der Zeit. Zwar haben die urbanen gesellschaftlichen Ausschlußprozesse zweifellos eine neue Qualität erreicht. Aber die öffentlichen Plätze, die Wohnquartiere, die Passagen, die Brachen bleiben weiterhin umkämpftes Terrain - schon allein aufgrund ihres Gebrauchswertes für die BewohnerInnen. Es gibt einige TheoretikerInnen, die der Straße die Bedeutung zuweisen, die einstmals der Fabrik zukam. Sie sei angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Desindustrialisierung, sozialer Polarisierung und Ausdifferenzierung zum zentralen Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. Dabei stellen sich Bündnisse oder Allianzen auch auf der Straße natürlich nicht von selbst her. Möglicherweise bieten aber eine Analyse und eine Praxis, die über solche, wie die hier formulierten Ansätze hinausgehen, Anknüpfungspunkte. ▪

[15] Finanzspritzen bei Dachgeschoßausbau etc.
[16] Auch Bruttoeinkommen um die 30.000.- DM (im Monat) sind förderungsberechtigt.

TACHELES : Ein Lehrstück über das Leergrundstück

Es geht hier nicht darum das Tacheles zu einem wichtigen politischen Projekt in der Stadt zu stilisieren, welches es zu verteidigen gilt. Das Tacheles hat sich in seiner Entwicklung schon lange davon verabschiedet ein Ort des Widerstandes zu sein (wenn es je einer war), es steht ehr in einer Linie mit alternativen Kultureinrichtungen wie der UFA- Fabrik oder dem Tempodrom, welche sich gerne als Aushängeschild des Senats betätigen. Es ist aber dennoch interessant wie sich der Umgang von für die Stadtentwicklung entscheidenen Institutionen mit für sie schwierig zu händelnen Menschen (das Tacheles wurde als anarchischer Ort bezeichnet) im konkreten abspielt.

Am 11.06.96 fand im Theatersaal des Tacheles eine Podiumsdiskussion statt. Thema war die künftige Stadtentwicklung von anarchisch/kulturell genutzen Orten in der Stadt im allgemeinen und am Beispiel Tacheles im konkreten. Besezt war das Podium mit dem Architekten des Tacheles als Moderator, einer Frau vom Senat, einem Typ vom Sanierungsträger und einem Prof. der HUB, sowie von zwei Leuten vom Tacheles selber und Toni Pfeiffer, die als Verhandlerin zwischen den Beteiligten und für die Vermarktung des Grundstücks vom Investror (Fundus Gruppe) eingesetzt wurde.

In den Tagen vor der Veranstaltung war der städtebauliche Entwurf des "Johannisviertels" durch die Presse gegangen (das "Ei am Tacheles"). Es handelt sich hierbei um das Areal hinter dem Tacheles zwischen Friedrichsstrasse und Oranienburgerstrasse, welches von Tacheles als Freigelände für diverse Performences u.ä. genutzt wird.
Am Anfang der Diskussion stand die allgemeine Bekundung aller, das Tacheles als wichtigen Ort der Berliner Kulturszene unbedingt erhalten zu wollen. Die Senatsdame verkündete die seit drei Jahren funktionierende Kooperation zwischen Investor, Planern, Tacheles u.a.. Frau Pfeiffer erzählte ähnliches und stellte nochmals heraus wie sehr das Tacheles in den Planungsprozeß mit einbezogen ist.

Dieses sich sonnen in der Darstellung wie wunderbar alternativ alles abläuft, kippte komplett, nachdem dann endlich einer der VertreterInnen des Tacheles klarstellte, daß dies sich aus seiner Sicht alles völlig anders darstellt. Aus der darauf folgenden hitzigen Debatten und den gegenseitigen Vorwürfen, ließ sich herausfiltern, daß seit einem halben Jahr (Nov. 1995) quasi gar keine Verständigung mehr stattfand. In den 2 1/2 Jahren zuvor es wohl zu vielen Gesprächen gekommen war und "gemeinsames" Vorgehen entwickelt wurde, jedoch immer wieder mit verschiedenen Gruppen des Tacheles, wobei sich die offizielle Seite über die häufig wechselnden Vorständler etc. beschwerte, wodurch eine Kontinuität wohl nicht gewährleistet war. Eine altbekannte Folge davon, daß sich auf der einen Seite hochbezahlte Profis und auf der anderen gestreßte "Betroffene" befinden, welche dafür weder bezahlt werden noch ständig Zeit haben. Diese wechselnden AnsprechpartnerInnen des Tacheles sind denn auch offentsichtlich gezielt ausgenutzt worden um Gruppen und Personen des Tacheles gegeneinander auszuspielen.

In der weiteren Diskussion wurde deutlich unter welchem Druck auch die Verhandlerin (Fr. Pfeiffer) steht. Die Vorgabe im Nacken, daß die Grundstücke möglichst schnell vermarkten zu müssen und dabei Interessenten zu finden welche bereit sind, das Tacheles zu akzepzieren und mit einzubinden. Dies führte im Ablauf dazu daß, nach 3 Jahren Suche und Diskussion, die Pläne innerhalb von nur zwei Wochen genehmigungsfähig sein mußten. Kein Wunder also, daß es da schon allein zeitlich gesehen nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen konnte/sollte. Dies wird von den "Offiziellen" natürlich nach wie vor anders dargestellt. Es wurde sich halt auf die Leute bezogen welche zu dem Zeitpunkt noch an der Entwicklung teilnahmen, als andere schon ausgebootet waren oder das Projekt so abgeschrieben hatten.

Die Versuche der Frau Pfeiffer das Ganze doch noch ins richtige soziale Licht zu rücken, sahen dann so aus, daß sie auf den hohen Anteil (40%) Wohnnutzung hinwies, mit angeblich großen Wohnungen, in die dann auch türkische Familien einziehen könnten. Ansonsten sind in der Innenstadt max. 30% Wohnnutzung geplant mit 80% 1-2 Zimmerwohnungen. Dem Hinweis, daß die Wohnungen natürlich nicht von diesen Mietern bezahlbar sein werden, begegnete Frau Pfeiffer mit dem Verweis, daß Sie ja keinen Einfluß darauf hatte, daß die Kontingente des sozialen Wohnungsbaus nach Karow "an die Stadtränder" vergeben wurden.
Auch sprach Sie von der vorgezogenen Bürgerbeteiligung, was sich ja erstmal positiv anhört. Auf Nachfrage stellte sich aber heraus, daß hier ohne Absprache die einzuhaltenden Verfahrenswege einfach möglichst schnell durchgezogen wurden.



. durch
ellt und
ihmung
eranzu-
nit ver-
ganze
ht aus-
Zufall,
e Kon-
"anar-
schickt

n Jahr,
d den
s, ver-
n und
OFD),
waltet,
ung zu
schon
sarbeit

hoch-
gdfeld
Tache-
ätzlich
lichen
Mitte
veran-
Bege-
waren
urde.
er friß
gestor-
non.

Wohnungspolitik aus feministischer Sicht

Ruth Becker

Grundlage der Diskriminierung von Frauen durch die Wohnungspolitik ist deren soziale und ökonomische Benachteiligung

Wohnungspolitische Gesetze sind in aller Regel, wie in unserer Gesellschaft üblich, geschlechtsneutral-männlich formuliert. Frauen sind also, ohne explizit erwähnt zu werden, mitgedacht. Vergünstigungen, die „dem Wohnungssuchenden", „dem Wohngeldberechtigten" oder „dem Steuerpflichtigen" zugestanden werden, werden auch Frauen nicht versagt – so sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen.
An letzterem allerdings hapert es. Insbesondere die Unterschiede in der sozialen und ökonomischen Position von Frauen und Männern führen dazu, daß die scheinbar neutralen wohnungspolitischen Gesetze eine geschlechtsspezifische Schieflage bekommen, durch die Frauen diskriminiert werden. Diese Diskriminierung ist allerdings nicht generell, sondern trifft vor allem Frauen, die versuchen, ein von den tradierten Rollenvorstellungen abweichendes Leben zu führen, d.h. ihr Leben (ohne oder mit Kindern) zu meistern, ohne auf ein Männereinkommen zurückzugreifen. Die ökonomische Benachteiligung dieser Frauen zeigt sich immer noch in folgenden Fakten:
Das Einkommen erwerbstätiger Frauen liegt um 31 % (Arbeiterinnen) bzw. 36 % (Angestellte) unter dem ihrer männlichen Kollegen . Da Frauen darüber hinaus ein größeres Risiko tragen, erwerbsarbeitslos zu werden oder die Erwerbsarbeit aus familiären Gründen zu unterbrechen, sind die Einkommensunterschiede von Männern und Frauen noch weit größer. So liegt das Einkommen steuerpflichtiger Frauen bereits um 52 % unter dem der steuerpflichtigen Männer , wirklich arme Frauen (wie z.B. Sozialhilfeempfängerinnen) sind hier noch nicht einbezogen, sonst wäre die Diskrepanz noch größer.
Besserung ist leider nicht in Sicht. Sowohl eine Längsschnittuntersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (3) wie die vom statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten über die Einkommen von Haushalten mit weiblicher bzw. männlicher „Bezugsperson" belegen eindeutig eine Vertiefung der Kluft, d.h. eine Verstärkung der Einkommensbenachteiligung von Frauen in den letzten Jahren(...)

Aus dieser ökonomischen Realität von Frauen folgt: Frauenfreundlich wäre eine Wohnungspolitik, die sich vor allem um die Wohnungsversorgung der unteren Einkommensgruppen kümmert. Gemessen an diesem Maßstab ist die bundesrepublikanische Wohnungspolitik ausgesprochen frauenfeindlich. Denn die allermeisten wohnungspolitischen Subventionen sind auf Bevölkerungsgruppen mit hohen Einkommen ausgerichtet, gehen also an der Mehrzahl der Frauen vorbei.

Auf Grund ihrer schlechteren ökonomischen Lage bekommen Frauen weniger vom wohnungspolitischen Subventionskuchen . . .

Rudi Ulbrich vom Institut Wohnen und Umwelt in Darmstadt hat errechnet, daß 1989 von den 15,6 Mrd. DM, die Bund und Länder für Wohngeld, den Sozialwohnungsbau, die Bausparförderung und die steuerliche Eigentumsförderung ausgegeben haben, je ein Viertel an das obere und das untere Einkommensfünftel flossen . Berücksichtigen wir darüber hinaus die steuerliche Förderung des sogenannten freifinanzierten Mietwohnungsbaus in Höhe von schätzungsweise 17–18 Milliarden DM, die nach Bernd Bartholmai vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung fast ausschließlich an das obere Einkommensdrittel geht , so bleiben den untersten 20 % der EinkommensbezieherInnen nur rund 12 % und den untersten 40 % rund 20 % der wohnungspolitischen Subventionen, während die obersten 20 % der EinkommensbezieherInnen rund 40 % der Subventionen, also das Vierfache, einheimsen dürften . Von einer sozialpolitischen Ausrichtung der Subventionen für den Wohnungssektor kann also keine Rede sein, im Gegenteil, wohnungspolitische Subventionen bewirken eindeutig eine Umverteilung von unten nach oben. Diese Umverteilung benachteiligt massiv Frauen, denn unter Vernachlässigung der nicht einkommen- bzw. lohnsteuerpflichtigen Personen gehören zum untersten Einkommensfünftel (auf das nur 12 % der Wohnungsbausubventionen entfallen), rund 60 % Frauen und nur 40 % Männer . Zum obersten Einkommensfünftel, das 40 % der wohnungspolitischen Subventionen erhält, gehören dagegen nur 15 % Frauen und 85 % Männer.



Frauen profitieren nur in sehr geringem Maß von den wohnungspolitischen Subventionen. Die eindeutige Bevorzugung hoher Einkommensgruppen bedeutet gleichzeitig eine eindeutige Bevorzugung von Männern und eine Benachteiligung von Frauen – oder zumindest der Frauen, die nicht auf ein Männereinkommen zurückgreifen können oder wollen.

. . . tragen aber weit häufiger die negativen Folgen dieser Subventionspolitik

Die ungleiche Verteilung der wohnungspolitischen Subventionen auf die Geschlechter ist jedoch nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit (die in einer auf Ungleichheit basierenden Gesellschaft müßig erscheinen mag), sondern hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Wohnsituation von Frauen. Dies gilt nicht nur in dem Sinn, daß Frauen mit geringen Einkommen die Mittel fehlen, die gut verdienenden Männern als Subventionen zugestanden werden. Vielmehr entsteht den Nichtbegünstigten (Frauen) aus den Gutverdienenden (Männern) gewährten Subventionen auch ein direkter Schaden.
Wie bereits Gustafsson nachgewiesen hat , wirken Einkommenssteigerungen bei hohen Einkommen weit stärker auf den Wohnflächenverbrauch als bei niedrigen Einkommen. Die Subventionierung oberer Einkommensgruppen, die ähnlich wie eine Einkommenssteigerung wirkt, führt also zu einer besonders starken Ausdehnung des Wohnflächenverbrauchs. In Zeiten hoher Wohnungsknappheit kann diese Ausdehnung des Konsums nur durch die Verdrängung schlechter gestellter Bevölkerungsgruppen realisiert werden, was bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unmittelbar beobachtet werden kann: Wo drei Mieterinnen ausziehen, ziehen zwei Eigentümer ein, wobei – statistisch gesehen – die Begriffe Mieterin und Eigentümer durchaus wörtlich zu nehmen sind, denn daß ein Mann (bzw. ein auf ein Männereinkommen zurückgreifender Haushalt) eine Frau verdrängt, ist weit wahrscheinlicher als der umgekehrte Fall.
Bei der steuerlichen Förderung des Eigenheimneubaus sind die Zusammenhänge zwar nicht so unmittelbar sichtbar, aber auch durch diese Förderung wird primär der Flächenverbrauch der bereits gut Versorgten gefördert; die Wohnungsversorgung benachteiligter Bevölkerungsschichten dagegen eher behindert. Wie dies geschieht, hat erst vor kurzem eine Studie belegt, die (von einer Bausparkasse in Auftrag gegeben) eigentlich die segensreiche Wirkung der Eigentumsförderung auch für Mieter und Mieterinnen belegen sollte :
Durch die Förderung von 17 700 neuerrichteten Eigenheimen und Eigentumswohnungen wurden in Niedersachsen im Jahr 1989 11 500 Mietwohnungen zur Wiedervermietung frei gemacht, lautet zusammengefaßt die Erfolgsmeldung dieser Studie. Da jedoch die Eigenheime und Eigentumswohnungen im Durchschnitt 125 qm, die freigemachten Mietwohnungen dagegen nur 88 qm groß waren, die Neu-EigentümerInnen also 42 % mehr Wohnfläche bauten, als sie zuvor bewohnten, läßt sich das Ergebnis dieser Studie auch so lesen: Als Eigentumsmaßnahmen gefördert wurden insgesamt 2,2 Millionen qm Wohnfläche, zur Wiedervermietung frei gemacht dagegen nur 1 Million qm Wohnfläche.
Wenn wir darüber hinaus bedenken, daß ein erheblicher Teil der Eigenheime auch ohne Förderung gebaut worden wäre (wenn auch vermutlich etwas kleiner), dann reduziert sich der „Sickereffekt" dieser Förderung noch weiter und beträgt beispielsweise bei sehr hoch angesetzten 25 % Eigentumsmaßnahmen, die nur wegen der Förderung gebaut wurden, ganze 11 %. D.h., für 1 qm frei werdende Mietwohnung müssen 9 qm Eigenheim gefördert werden, was zumindest bei angespannten Bau- und Bodenmärkten nicht ohne Einfluß auf die Preise dieser Märkte bleiben kann. Eine massive Eigentumsförderung führt also tendenziell zu Preissteigerung beispielsweise beim Grundstücksmarkt – und verteuert damit auch andere Bauvorhaben, wie z.B. den sozialen Mietwohnungsbau.
Das aber bedeutet: Versucht die Wohnungspolitik, die Wohnungsversorgung ärmerer Bevölkerungsschichten über den Umweg der Eigentumsförderung und des Sickereffekts zu verbessern, so erreicht sie zwar scheinbar höhere Gesamtbauvolumina als bei einer Konzentration der Subventionen auf den Bau von Sozialwohnungen, verschlechtert aber damit die Chancen für den Bau von (Sozialen) Mietwohnungen, da diese ebenfalls den durch die Eigentumsförderung ausgelösten Preissteigerungen ausgeliefert sind. D.h.: Die Eigentumsförderung verhindert, insbesondere wenn sie vor allem höheren Einkommensschichten zugute kommt, tendenziell den Mietwohnungsbau für ärmere Bevölkerungsschichten – und trägt hierdurch zumindest mittelbar zu dem akuten Mangel an preisgünstigen (Sozial-)Mietwohnungen bei.

Auch die Sozialwohnungsbauförderung kommt nicht im notwendigen Maße Frauen zugute

Der Schaden, den Frauen – zumindest allein bzw. ohne Rückgriff auf ein Männereinkommen lebende Frauen – durch die steuerliche Eigentumsförderung erleiden, sei es als Umwandlungsverdrängte oder als Nichtbezieherin einer wegen zu hoher Kosten nicht gebauten Sozialmietwohnung, wird auch nicht dadurch kompensiert, daß wenigstens die Subventionen für den Sozialen Wohnungsbau Frauen überdurchschnittlich häufig zugute kommen. Denn auch die Sozialwohnungsbauförderung ist, wie die Berechnungen von Ulbrich ergeben haben, keineswegs sozial, d.h. primär auf die unteren Einkommensschichten konzentriert, sondern kommt fast gleichmäßig allen Einkommensschichten zugute (der untersten sogar leicht unterdurchschnittlich).
Dieses auf den ersten Blick erstaunliche Ergebnis ist nicht (nur) auf die vielbeschworene Fehlbelegungsproblematik zurückzuführen, sondern ist vor allem Ergebnis der Vergabebedingungen der Sozialwohnungsbaumittel: Zumindest bis in die achtziger Jahre hinein waren für den Sozialen Wohnungsbau nicht nur einkommensarme Bevölkerungsschichten, sondern mindestens 50 % aller Haushalte berechtigt. Unter Einbeziehung des sogenannten 2. Förderungswegs, über den vor allem die Eigentumsprogramme abgewickelt wurden und für den ein Einkommenszuschlag von 40 – 60 % gewährt wird, reichte der Kreis der Berechtigten lange Zeit weit ins 4. Einkommensfünftel hinein. Erst in den 80er Jahren wurden die Einkommensgrenzen nicht mehr den (nominalen) Einkommenssteigerungen angepaßt, wodurch der Anteil der im ersten Förderungsweg sozialwohnungsberechtigten Haushalte auf 32 % sank.
Die Chancen der unteren Einkommensgruppen auf eine Sozialwohnung sind dadurch gleichwohl nicht gestiegen, denn mit dem Kreis der Berechtigten wurde auch die Zahl der noch gebundenen Sozialmietwohnungen immer geringer. Während Mitte der achtziger Jahre den 10 Millionen berechtigten Haushalten noch 4 Millionen Sozialmietwohnungen zur Verfügung standen, sind es heute knapp 3 Millionen Wohnungen für 9 Millionen Haushalte (in der Alt-BRD) . Die Relation hat sich also eher verschlechtert und wird sich aller Voraussicht nach selbst bei gleichbleibenden Einkommensgrenzen wegen des Auslaufens der Belegungsbindungen noch weiter verschlechtern.

. . . was sich durch eine Erhöhung der Einkommensgrenze noch verschlechtern würde

Das allerdings scheint große Teile der Sozialdemokratie nicht zu rühren, fordern sie doch in trauter Eintracht mit der ehemals gemeinnützigen Wohnungswirtschaft seit vielen Jahren eine Anhebung der Einkommensgrenzen im Sozialwohnungsbau, um die (Wieder-)Berechtigung des „Normalverdieners" herzustellen. Ein Konzept allerdings, wie denn die Vervielfachung des Sozialwohnungsbestands erreicht werden soll, die nötig wäre, um bei Ausdehnung des Kreises der Berechtigten auch noch denjenigen eine Chance auf eine Sozialmietwohnung zu bewahren, die wegen geringer Zahlungsfähigkeit und wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer von den Vermietern nicht gerade bevorzugten Gruppe am stärksten darauf angewiesen sind, wird nicht vorgelegt.
Es mag zwar sein, daß – wie der hessische Wohnungsbauminister Jordan meint – auch Normalverdiener „bei Luxusmieten, die in Ballungsräumen keine Seltenheit sind, passen müssen".
Klar ist aber auch, daß jede Ausdehnung des Kreises der Berechtigten ohne eine entsprechende Aufstockung des Bestandes die Ausschließung der bedürftigsten Gruppen aus dem Sozialwohnungsbau mit sich bringt.
Das zeigte bereits eine Untersuchung von Witha Winter aus den 80er Jahren, nach der selbst dort, wo Sozialwohnungen nach Dringlichkeit vergeben werden, städtische Angestellte eine doppelt so hohe Chance hatten wie obdachlose Personen und junge Familien eine deutlich größere als alleinerziehende Frauen mit zwei Kindern. Alleinerziehende mit einem Kind oder gar alleinstehende Frauen sind in der Aufstellung von Witha Winter schon gar nicht enthalten .

. Denn auch Sozialwohnungsvermieter bevorzugen, wie längst bewiesen, im Zweifelsfall die zahlungskräftigere Mieterin, und das ist unter den Schwangeren sicherlich nicht die zukünftige Alleinerziehende, sondern die verheiratete Frau, deren Zahlungsfähigkeit durch ein Männereinkommen gewährleistet ist. Dieser ist die Wohnung zweifellos zu gönnen. Ohne Zweifel zu gönnen ist eine solche Wohnung aber auch den nicht auf ein Männereinkommen zurückgreifenden Frauen. Letzteres ist offensichtlich, wie der ministerielle Verfahrensvorschlag zeigt, nicht gewährleistet – offenbar kann selbst ein gesetzlich garantierter absoluter Vorrang durch die Vergabepraxis leicht unterlaufen werden. Wie groß aber sind dann die Chancen der Frauen, die z.B. als Alleinerziehende keinen absoluten Vorrang genießen? Eine Beschränkung der Konkurrenz scheint hier die einzige Möglichkeit zu sein, um diesen und anderen benachteiligten Gruppen zumindest den Anschein einer Chance auf eine Sozialwohnung zu wahren.
Das aber darf nicht sein: Denn eine Beschränkung der Wohnberechtigung auf untere Einkommensgruppen wurde zwangsläufig zu einer Erhöhung des Anteils benachteiligter Bevölkerungsgruppen und damit zu einer „einseitigen Sozialstruktur" führen, was nach Ansicht der meisten WohnungspolitikerInnen und



PlanerInnen zum sozialen Brennpunkt bzw. schlicht ins Chaos führen muß.
Dieser weit verbreiteten Argumentationslinie möchte ich entgegenhalten: Die Korrelation von sozial auffälligem bzw. störendem Verhalten mit dem Einkommen ist oft behauptet, aber noch nie nachgewiesen worden – und kann auch nicht nachgewiesen werden. Wenn sozial auffälliges, störendes Verhalten mit irgendeinem sozialstatistischen Merkmal korreliert, dann ist das sicher nicht das Einkommen, sondern weit eher eine Kombination von Alter und Geschlecht: Es sind mit Sicherheit nicht die einkommensarmen Frauen, die in Wohngebieten randalieren und zu mutwilligen Zerstörungen neigen, sondern viel eher die (jungen) Männer jedweder Einkommensschicht. Deren Anteil im Sozialen Wohnungsbau zu begrenzen fordere ich nicht, müßten aber konsequenterweise jene verlangen, die beständig von der Notwendigkeit der „Verbesserung der Sozialstruktur" reden.

Auch die immer noch vorhandene Familienorientierung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes trägt zur Diskriminierung von Frauen außerhalb traditioneller Lebensformen bei

Dieser tendenzielle Ausschluß ist nicht neu, sondern implizit schon lange im § 25 des 2. WoBauG enthalten: Danach wird sogenannten jungen Ehepaaren unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht, ein Einkommenszuschlag zugestanden: Sie dürfen, ohne ihre Sozialwohnungsberechtigung zu verlieren, deutlich mehr verdienen als beispielsweise alleinerziehende Frauen in einem Haushalt mit gleicher Personenzahl.
Damit werden junge Ehepaare zu den attraktiveren MieterInnen. Erstens darf der „junge Ehemann" deutlich mehr verdienen als die Alleinerziehende und zweitens ist sein Einkommen erfahrungsgemäß sicherer und steigerungsfähiger, was insbesondere bei den neuen Fördermodellen mit nur kurzfristiger Mietbindung günstig ist, muß der Vermieter doch daran interessiert sein, daß die MieterInnen auch nach Auslaufen der Bindungen möglichst zahlungskräftig sind und die dann rechtlich mögliche Marktmiete bezahlen können. Werden für Sozialwohnungen (wie beim sog. 3. Förderungsweg üblich) auch MieterInnen zugelassen, deren Einkommen die Einkommensgrenzen des § 25 2. Wohnungsbaugesetz um 40 % oder gar 60 % übersteigt, so ist die Konkurrenz zwischen geringverdienenden Alleinerziehenden und besser verdienenden „jungen Ehemännern" noch schärfer, da nun auch „normalverdienende" Männer eine Chance haben, die Einkommensgrenzen einzuhalten. Gemessen an deren Bonität werden Mieterinnen, die nicht auf ein gesichertes Männereinkommen zurückgreifen können, in den Augen der Vermieter zu Mieterinnen „zweiter Klasse", die bei freier Konkurrenz unter den SozialmieterInnen nur sehr schwer zum Zuge kommen.
Daß darüber hinaus alleinwirtschaftende Frauen auf Grund eines zu geringen Einkommens bei dem Teil des Sozialen Wohnungsbaus, der entsprechend der programmatischen Festlegungen des zweiten Wohnungsbaugesetzes der „Förderung eines gesunden Familienlebens" durch die Bildung von Einzeleigentum dient, ausgeschlossen sind, wird unmittelbar verständlich, wenn man weiß, daß diese Förderung fast nur Haushalten zugute kommt, deren Einkommen deutlich über den Einkommensgrenzen des § 25 liegt.
Schließlich sind alleinwirtschaftende Frauen noch durch die sehr eingeschränkte Definition von gemeinsam wohnberechtigten Personen diskriminiert: Außerhalb der Ehe und der Familie haben Frauen nur zwei Chancen, mit nicht verwandten Personen einen gemeinsamen Wohnberechtigungsschein zu erhalten: Als ältere Witwe, die mit einem mindestens 60jährigen Partner zusammenlebt, diesen aber „wegen des drohenden Verlustes von Versorgungsbezügen" nicht heiratet, oder aber als nichtverheiratete Mutter eines Kindes, die mit dem Kindsvater zusammenziehen will (letzteres aber nur in einigen Bundesländern). Mit einer anderen Frau (mit oder ohne Kind) braucht sie sich dagegen in den meisten Bundesländern schon gar nicht um einen gemeinsamen Wohnberechtigungsschein zu bemühen.

Die bundesrepublikanische Wohnungspolitik begünstigt die männliche Gewalt gegen Frauen...

Die Folgen der Benachteiligung von Frauen durch die Wohnungspolitik gehen jedoch weit über die unmittelbare Wohnsituation hinaus, bestimmen oft die gesamte Lebenssituation von Frauen. Das spüren am deutlichsten die Frauen, die durch gewalttätige (Ehe-)Männer gezwungen werden, in ein Frauenhaus zu flüchten und dieses, mangels ausreichender Zahlungsfähigkeit nur dann wieder verlassen können, wenn ihnen der Umzug in eine preisgebundene Wohnung gelingt. Die Tatsache, daß es praktisch keiner Kommune gelingt, Frauen aus Frauenhäusern in einem angemessenen Zeitraum eine Sozialwohnung zu vermitteln, die Tatsache, daß landauf, landab die Frauenhäuser überfüllt und die Mitarbeiterinnen gezwungen sind, Zufluchtsuchende abzuweisen, die Tatsache, daß viele Frauen wegen der durch die Überfüllung schwer erträglichen Zustände (unter denen auch die beteiligten Kinder leiden) häufig nur den „Ausweg" sehen, zu ihrem Mißhandler zurückzukehren, ist viel mehr als nur ein weiteres Beispiel für die immer weiter um sich greifende Wohnungsnot: Mit einer solchen Wohnungspolitik, bei der die Zahl der verfügbaren Sozialmietwohnungen so weit reduziert wird, daß nicht einmal die dringendsten Fälle, die Gewaltopfer, versorgt werden können, werden, bewußt oder unbewußt, die patriarchalen Gewaltverhält-

nisse stabilisiert – erscheint doch die männliche Gewalttat nach der Rückkehr der mißhandelten Frau nicht nur dem Gewalttäter als verzeihliches (Kavaliers-)Delikt.
Die die patriarchale Gewaltstrukturen stabilisierenden Effekte der herrschenden Wohnungspolitik zeigen sich auch beim erst in den letzten Jahren durch die Enttabuisierung seitens der Frauenbewegung gesellschaftlich wahrgenommenen sexuellen Mißbrauch von Mädchen und jungen Frauen durch Väter und andere männliche Verwandte. Den Versuch, sich dieser Gewalt zu entziehen, zahlt ein – wie neuere Daten vermuten lassen – erschreckend hoher Anteil von Betroffenen mit einer nachfolgenden Obdachlosigkeit. Wie häufig die Obdachlosigkeit von Frauen letztendliche Folge einer sexuellen Mißbrauchssituation ist, hat beispielswiese Beate Blank in eindrucksvollen Interviews mit ehemals obdachlosen Frauen beschrieben . Daß eine Form der Obdachlosigkeit bei Frauen darin besteht, daß sie gezwungen sind, bei einem Mann gegen „sexuelle Dienstleistungen" unterzuschlüpfen, wie eine für das Bundesfrauenministerium gefertigte Studie zeigte , ist ein weiterer Hinweis für die enge Verzahnung von männlicher Gewalt und Wohnungsnot. Denn, und auch das ist Resultat der verfehlten Wohnungspolitik, Aufnahme in die Notfallkartei finden in vielen Kommunen (wie z.B. in Stuttgart), Alleinstehende nur dann, wenn sie mindestens 40 Jahre alt sind. Für unter 40jährige besteht alleinstehend kein Anspruch auf subventionierten Individualwohnraum!
Die Situation von Frauen in Frauenhäusern, die Situation sexuell mißbrauchter Mädchen und junger Frauen sowie die Situation obdachloser Frauen sind Beispiele für die die patriarchalen Gewaltverhältnisse stärkenden Folgen der herrschenden Wohnungspolitik. Neben mangelndem Einkommen ist Wohnungsmangel, genauer gesagt der Mangel an preisgünstigen Wohnungen, ein wesentlicher Faktor, durch den die Emanzipation von Frauen von patriarchalen Rollenzuschreibungen und -zumutungen verhindert wird. Das heißt auch: Durch die Wohnungsnot wird es Frauen verwehrt, die grundgesetzlich garantierte Unverletzlichkeit (in) der Wohnung (Artikel 13 GG) zu realisieren.

... und hindert Frauen an Emanzipation

Denn daß Frauen Emanzipation auch mit räumlicher Unabhängigkeit verbinden, dafür gibt es eine ganze Reihe von Belegen:
Zwar ist immer wieder zu lesen, „der neue Single" sei jung, gutverdienend und männlichen Geschlechts, doch ist dies nur die halbe Wahrheit. Denn auch wenn die Zahl der alleinstehenden Männer mittleren Alters deutlich zugenommen hat – die „Singularisierung" der Bevölkerung wird vor allem von Frauen verursacht:

1. Es sind die jungen Frauen – und nicht die jungen Männer –, die früher das Elternhaus verlassen. Während die Töchter heute 3 Jahre jünger das Elternhaus verlassen als noch vor 40 Jahren, bleiben die jungen Männer heute wieder genauso lange „zu Hause" wie vor 40 Jahren – nur zwischenzeitlich verließen sie ihr Elternhaus etwas früher.
Denn Individualisierung, Emanzipation gelingt jungen Frauen, wie entsprechende Untersuchungen zeigen , nur außerhalb des Elternhauses, junge Männer dagegen werden auch bei Verbleiben in der Herkunftsfamilie offenbar kaum in ihrer Selbständigkeitsentwicklung behindert – weil in unserer patriarchalen Gesellschaft jungen Männern die Individualisierung als genuines Recht zugestanden, Frauen dagegen tendenziell abgesprochen wird.
2. Zwar sind die altersspezifischen Heiratsziffern sowohl bei Frauen wie bei Männern zurückgegangen (eine Parallelität, die bei der Beschränkung der Ehe auf heterosexuelle Paare unvermeidbar ist), doch bei der willentlichen Beendigung der Ehen zeigt sich wieder ein geschlechtsspezifischer Unterschied: Es sind vor allem die Frauen, die eine nicht mehr stimmige Beziehung aufkündigen, denn 60 % der Scheidungen werden von Frauen beantragt und nur etwas über 30 % von Männern .
Die Parallelen zum Verhalten beim Auszug aus dem Elternhaus sind unübersehbar: Offenbar ist für Frauen die rechtliche und räumliche Trennung bei einer gescheiterten Beziehung ungleich wichtiger als für Männer – und es ist für mich offensichtlich und auch durch Lebenserfahrung belegt, daß dies sehr viel mit den patriarchalen Gewaltverhältnissen zu tun hat, die, wie inzwischen ausreichend belegt, in unserer Gesellschaft konstitutives Merkmal von Ehe und Familie sind. Dabei geht es nicht nur um offene körperliche Gewalt, sondern vor allem auch um die vielen subtilen, gleichwohl äußerst wirksamen Formen von Gewalt, die sich zum Beispiel auch in einer geschlechtsspezifisch ungleichen Aufteilung der Haus- und Reproduktionsarbeit manifestieren können. Diesen Gewaltverhältnissen versuchen sich offenbar immer mehr Frauen auch durch räumliche Trennung zu entziehen.
3. Es sind vor allem die Frauen, die nicht nur immer älter werden, sondern auch immer mehr dazu tendieren, möglichst lange allein zu wohnen und dazu, zum Ärger der Wohnungspolitiker, auch noch in der früheren Familienwohnung bleiben. Wer dies, wie es so oft geschieht, auf die mangelnde Bereitschaft der Kinder (sprich der Töchter und Schwiegertöchter) zurückführt, ihre alt gewordenen Eltern aufzunehmen, verkennt die Wirkungen des Wertewandels auch bei alten Menschen, insbesondere bei alten Frauen, für die das alleine wohnen und leben in vielen Fällen eine gewollte Lebensform und Ausdruck eines gewachsenen Selbstbewußtseins ist
Frauen tragen also in vielfacher Weise zur Veränderung der Lebensformen bei, müssen sich diese Veränderungen jedoch gegen die herrschende Wohnungspolitik erzwingen. Denn weder der Wohnungsbedarf junger Frauen, die ihr Elternhaus verlassen wollen, noch der Bedarf von Frauen, die sich von ihrem Ehe- oder Lebenspartner trennen wollen, noch der Wohnbedarf alter Frauen, die in ihrer Familienwohnung bleiben wollen, sind wohnungspolitisch anerkannte Bedarfe – im Gegenteil: Die Realisierung dieses Wohnungsbedarfs wird behindert und erschwert, sei es durch die Eigentumsförderung, die Familienorientierung des Sozialen Wohnungsbaus, die Konzentration der wohnungspolitischen Subventionen auf mittlere und hohe Einkommen oder sei es durch die mehr oder weniger subtilen (und manchmal auch ganz brutalen) Formen der Vertreibung alter Frauen aus ihren angestammten ehemaligen Familienwohnungen (22). Da den meisten alleinwirtschaftenden Frauen die ökonomische Potenz fehlt, ihren Wohnungsbedarf ohne politische bzw. staatliche Unterstützung durchzusetzen, bleibt dieser (emanzipationsbedingte) Wohnungsbedarf unbefriedigt. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß – wie eine Studie zeigte – nur 27 % der



zwischen 1972 und 1987 neu gebauten Wohnfläche zur Befriedigung des durch den Haushaltstrukturwandel verursachten zusätzlichen Wohnungsbedarfs gebraucht wurden, dagegen 53 % der Befriedigung des durch die Verbesserung der Einkommenssituation eines Teil der Bevölkerung ausgelösten zusätzlichen Flächenbedarfs
Der Haushaltsstruktureffekt, also der Zuwachs der Wohnflächennachfrage durch die Verkleinerung und gleichzeitige Vermehrung der Haushalte als die primär „weibliche" Komponente der Wohnflächen-Verbrauchsentwicklung hat also gerade halb so viel Bedeutung wie der „Wohlstandseffekt", der wegen des höheren Einkommens und der besseren Einkommensentwicklung der Männer als die primär „männliche" Komponente der Verbrauchsentwicklung angesehen werden kann. Kurz: Männer verursachen doppelt so viel Flächenverbrauchszuwachs als Frauen.

Migration und Stadtentwicklung

Warum nun ein Beitrag zu Migration in einer Textsammlung zu Stadtentwicklung ? Beides, Stadtentwicklung und Migration, gehören direkt zusammen. Man kann die Geschichte der Stadtentwicklung nicht ohne die Geschichte der Migration denken; das eine, die Stadt ist unmittelbares Resultat des anderen, der Migration, wiederum wirkt die Stadt geradezu wie ein Magnet auf Migrationsbewegungen. So ist die Stadt ein Ort, an den MigrantInnen Erwartungen nach besseren Lebensbedingungen oder nach mehr Sicherheit haben. Ob oder wie diese Erwartungen erfüllt werden hängt von verschiedenen Faktoren ab, angefangen vom gesellschaftspolitischen Klima, hin zum ökonomischen Bedarf oder Nicht-Bedarf an billigen Arbeitskräften.
Stadtentwicklungspolitik ist vor allem ein Regulationsinstrument derer gewesen, die in der Stadt eine "mächtige" Position innehatten, und die diese nutzten ZuwanderInnen abzuhalten (wenn sie zum Beispiel als Konkurrenten hätten auf[illegible]eten könne) oder sehr reguliert z. B. als ArbeiterInnen einwandern zu lassen.
Heute sind die Städte viel stärker aktiv Handelnde, die ein eigenes Interesse verfolgen im Konkurrenzkampf zwischen den Städten. Die Stadt oder Region, die die besseren Bedingungen (für die Wirtschaft) zur Verfügung stellt, wird den besseren Platz in der Rangfolge in der Hierarchie der Städte einnehmen.
Der nun folgende von uns stark gekürzte Text aus dem Buch "Ost-West-Migration", ist ein Ergebnis der Arbeit der "Interkulturellen Forschungs- und Arbeitsstelle des Fachbereich Erziehungs- und Unterrichswissenschaften der TU"; er beschreibt Situationen von ImmigratInnen aus der ehemaligen SU, Ursachen und Motive von Flucht, geht auf konkrete Bedingungen während der Flucht und dem Leben in Berlin und Brandenburg ein. Der Text spiegelt nicht unsere Positionen wieder (zum Beispiel wenn von einem relativ liberalen Asylrecht die Rede ist). Das wir diesen Text von 1994 gewählt haben ist auch dem geschuldet, daß es nicht viel zu dem Thema illegalisierte MigrantInnen in Berlin gibt. Es ist ein Text, der analysiert z. T. Befürchtungen und Erwartungen von offizieller Seite widerspiegelt, so z. B. Zahlen über Ausreisewillige aus der ehemaligen SU. Er bildet in dieser Sammlung die Basis dafür, uns verschiedene Fragen bezüglich der Stadtentwicklung zu stellen, ohne daß sie sich direkt aus dem Text heraus beantworten lassen.

- Wo wohnen legale und wo illegalisierte MigranntInnen in dieser Stadt, wo werden sie wohnen? Wird es eine zunehmende Aufteilung der Stadt nach "ethnischer Zugehörigkeit" geben?
- Gibt es eine gewisse Abkoppelung von Stadtteilen, die für die "Armen" vorgesehen sind, von denen ein Großteil ImmigrantInnen sein werden?
- Welche Rolle spielen die einzelnen "communities"?
- Wer macht in diese Stadt welche Arbeiten, wer die niederen Dienstleistungen, wer die gutbezahlten?
- Wie sieht die soziale Versorgung aus, zum Beispiel von illegalisiert hier arbeitenden Männern und Frauen? Was passiert im Krankheitsfall oder bei einem Unfall?
- Wo gehen Kinder von illegalisierten ImmgrantInnen zu Schule?
- Welche Möglichkeiten haben ImmigratInnen mit ihren Problemen umzugehen, sich darüber auszutauschen, die Sorgen des Alltags einfach mal mitzuteilen?



Migranten aus der ehemaligen UdSSR in Berlin 1990-1993

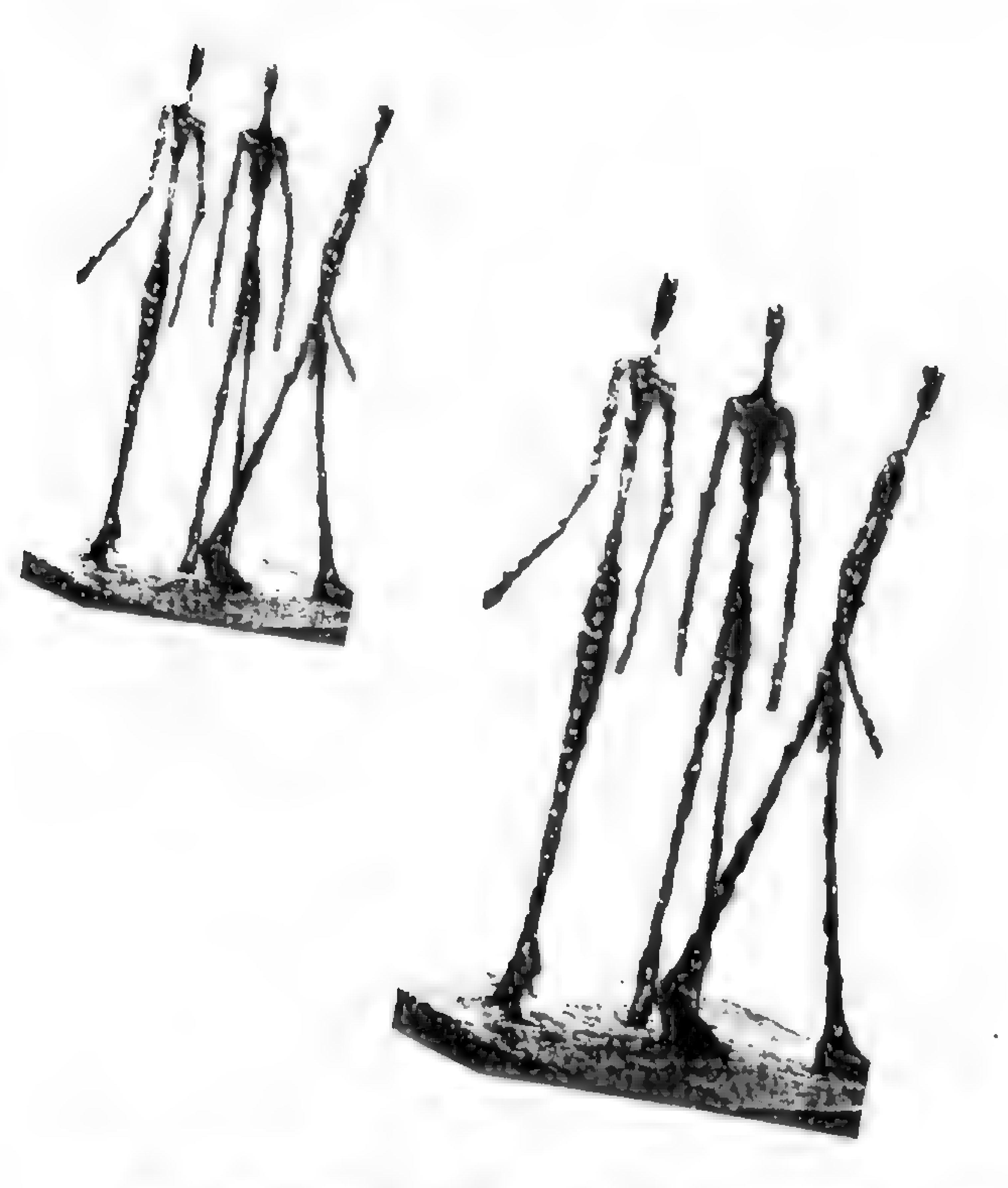
Ein Fünftel der 290 Millionen Einwohner der ehemaligen Sowjetunion fand sich nach dem Zerfall der UdSSR in Staaten außerhalb der entsprechenden ethnischen Grenzen wieder. Vor großen Schwierigkeiten stehen vor allem die 25,3 Millionen Russen, die sich in den letzten Jahrzehnten in Unionsrepubliken außerhalb der Russischen Föderation angesiedelt haben. (...) Andererseits leben auf dem Territorium der Russischen Föderation 7,8 Millionen Nichtrussen, die ebenfalls zunehmend von Marginalisierung bedroht sind. So verlassen aus Furcht vor Diskriminierung und Verfolgung viele Russen wie auch Angehörige anderer Ethnien die sich neu etablierenden nationalen Republiken, um sich innerhalb der Staatsgebiete der eigenen Volkszugehörigkeit niederzulassen. Neben dieser Binnenmigration innerhalb der Staatsgrenzen der ehemaligen Sowjetunion gibt es jedoch auch eine zunehmende grenzüberschreitende Migration Richtung Westeuropa.(...)

Die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere Berlin ist für viele dieser Migranten zu einem bevorzugten Zielort geworden, und zwar sowohl als "Endstation" der Reise als auch als zentraler Transitpunkt für den weiteren Weg nach Westeuropa und den USA. Im folgenden soll die Situation von Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin unter folgenden Fragestellungen sondiert werden:

- Welcher Personenkreis kommt aus der ehemaligen UdSSR nach Berlin?
- Aus welchen Gründen haben sich diese Personen zur Migration nach Westen entschlossen?
- Auf welchen Wegen gelangen sie nach Berlin?
- Welche Arbeits- und Lebensbedingungen finden sie in Berlin vor?
- Welche Zukunftsvorstellungen entwickeln sie? (...)

Welcher Personenkreis kommt aus der ehemaligen UdSSR nach Berlin?

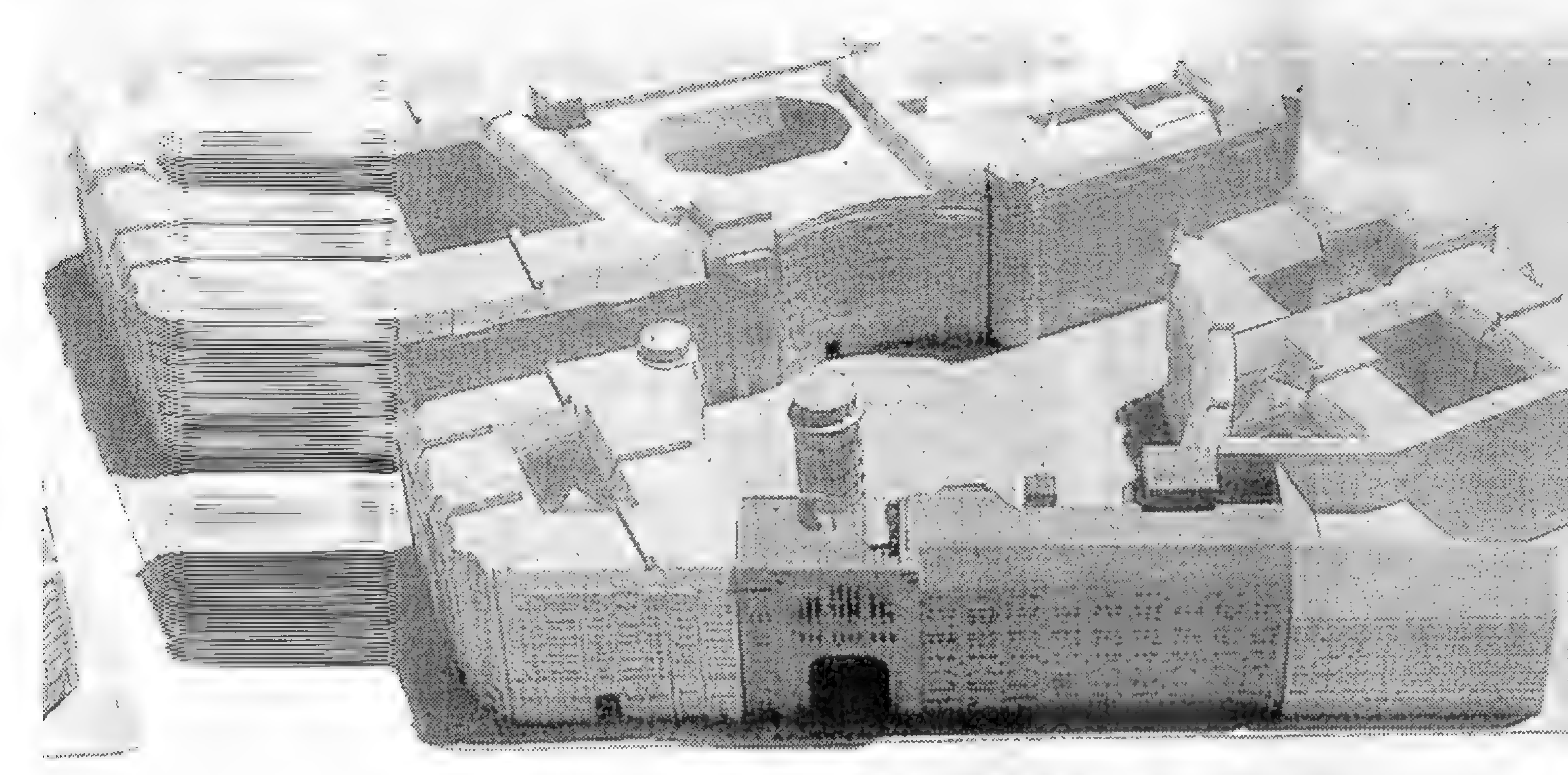
(...)
Ein Gesetzes zur Erleichterung der Ausreise wurde mehrmals hinausgeschoben und erfolgte schließlich am 20.5.1991. Sowjetische Demographen und Soziologen berechneten sogleich, daß mehr als 10 Millionen Sowjetbürger zur Ausreise ins Ausland bereit seien -



eine alarmierend hohe Zahl für das ohnehin vom wachsenden Migrationsstrom beunruhigte Europa. Das war offensichtlich ein Grund, weshalb das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1.1.1993 verschoben wurde. (...)
Im Artikel I des Gesetzes heißt es: "Der Reisepaß ist für die Ausreise aus der UdSSR in alle Länder der Welt gültig."
Da es durch diese gesetzliche Reform von 1991 relativ problemlos geworden ist einen Reisepaß zu erhalten, ist vielfach davon Gebrauch gemacht worden das Land legal als Tourist zu verlassen.(...)
Das Alter der Migranten (die aus den verschiedensten Regionen kommen) liegt in der Regel zwischen 19 und 35 Jahren. Dabei stellen die über Dreißigjährigen die Minderheit und Personen über Vierzig die Ausnahme dar. Ausnahmen bilden auch einige Jugendliche im Alter von höchstens 18 Jahren, die in der Zeit des "Booms" ostslawischer Souvenirs im Frühjahr und Sommer 1993 am Brandenburger Tor kleine Geschäfte gemacht haben. In der Regel handelt es sich bei den Migranten aus den GUS-Staaten um alleinstehende Männer vor allem aus den zentralen Regionen Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands. Ganze Familien reisen relativ selten aus, alleinstehende Frauen sind noch weniger anzutreffen. Die meisten Migranten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung: Sie sind Schlosser, Kraftfahrer, Verkäufer, Mechaniker, auch Ingenieure und Ärzte sind darunter. Nur wenige, vor allem Jugendliche sind ohne Berufsausbildung.

Migrationsursachen und Begründung des Ziellandes Bundesrepublik

Unter den möglichen Ursachen für die Migration sind für die Migranten aus der GUS insbesondere politische, wirtschaftliche und ökologische relevant. Infolge der Souveränitätserklärungen aller ehemaligen Sowjetrepubliken, der Annahme neuer Gesetze zugunsten der jeweils angestammten Nation (vor allem in bezug auf Staatsbürgerschaft, Sprache und Einführung eines Ansässigkeitszensus) setzte eine intensive Migrationsbewegung in die Russische Föderation ein. Die genannten Maßnahmen waren vor allem gegen die Russen gerichtet, die Partei- und Staatsposten sowie Schlüsselpositionen in der Wirtschaft innehatten. So verließen allein 1992 etwa 500.000 Russen Mittelasiens, Jakutiens und Tuwas ihre Wohnorte in Richtung der russischen Zentralgebiete. Diese Bewegung verstärkte sich noch, als 1993 weitere Gesetze angenommen wurden, die die angestammte Bevölkerung hinsichtlich der Eigentumsbildung an Grund und Boden und des Wahlrechts bevorzugten. Insgesamt war die Entwicklung der einzelnen GUS-Staaten durch äußerst aggressive nationalistische Wellen gekennzeichnet, wodurch wiederum chauvinistische Stimmungen unter der russischen Bevölkerung geschürt wurden. Im Kaukasus, in Mittelasien und Moldawien eskalierten nationale Widersprüche zu militärischen Konflikten. Seitdem befinden sich Hunderttausende auf der Flucht vor den Kriegshandlungen. Dieser Flüchtlingsstrom erfaßte neben den Russen auch andere Nationalitäten; die meisten von ihnen sind ebenfalls ins russische Zentrum gezogen. Diese Flüchtlinge aus Mittelasien und dem Kaukasus sahen sich mit als erste gezwungen, Wege in den Westen zu suchen, da sie sonst nur zwischen der drohenden Abschiebung aus Rußland und der Rückkehr ins vom Bürgerkrieg geschüttelte Herkunftsland wählen konnten.(...)
Weitere politisch bedingte Migrationsbewegungen entstanden im Zusammenhang mit dem im Juni 1991 in der Russischen Föderation erlassenen Gesetz über die Rehabilitierung der unter Stalin deportierten Völker, das es den in den Jahren 1941 bis 1944 gewaltsam (und "auf ewig") aus der Südukraine, der Krim, dem Kaukasus und dem Wolgagebiet in Regionen Kasachstans, Mittelasiens und Sibiriens umgesiedelten Völkern ermöglicht, in ihre Heimatgebiete zurückzukehren. Viele dieser Völker machen davon Gebrauch, nicht zuletzt unter dem Druck jener Nationalitäten, unter denen sie als Deportierte in den letzten Jahrzehnten gelebt hatten. Die Zurückkehrenden stoßen jedoch auf äußerst ablehnende Reaktionen unter den Russen und Angehörigen anderer Nationalitäten, die inzwischen auf jenen Territorien leben.(...) In der Regel hatten alle Binnenmigranten nach ihrer Ankunft am neuen Ort Schwierigkeiten mit Wohnung und Arbeit. Da die Behörden - auf eine derartige massenhafte Wanderung nicht vorbereitet waren und sich die Lage aufgrund der allgemeinen Krise des sozialistischen Systems noch verschärfte, entstand eine große Bevölkerungsschicht, die keinerlei Zukunftsperspektive vor sich sah. Aus ihr fomierte sich



Oranienburger Straße

Die Ambivalenzen des Tacheles dazu was mit dem Areal passieren soll, wurden dann einerseits durch zwei Diplomarbeiten dokumentiert, welche vom Tacheles als Gegenvorschläge zur offizielen Planung vorgestellt wurden. Andererseits war auch davon die Rede, daß zu überlegen sei ob das Tacheles um jeden Preis erhalten werden solle und mann/frau nicht bereit sei "hinter C&A Rohre zu schweißen". Überhaupt wolle das Tacheles natürlich eigentlich gar keine Bebauung. Aber die Erkenntniss, daß dies wohl eh nicht zu verhindern sein würde hatte das Tacheles schon vor drei Jahren dazu veranlaßt ein Stiftungskonzept vorzulegen. Dieses wurde jedoch vom Senat als unrealistisch abgelehnt.

Letztendlich wird es wohl auch so laufen, wie es der Mensch vom Sanierungsträger bereits zu Beginn feststellte: Der Investionsdruck auf das "Johannisviertel" wird so groß sein, daß in jedem Falle eine Bebauung des Freigeländes stattfinden wird und darüber hinau es so aussehen wird, daß das neu entstandene Viertel die Umstrukturierung der angrenzenden "Spandauer Vorstadt", nördlich der Oranienburgerstrasse, mit sich bringen wird. Beide Viertel haben eine derart zentralen Lage, daß dies unvermeidlich ist.
Ein Denkmalschützer aus dem Auditorium stellte abschließend auch nochmal klar, daß die gegensätzlichen Interessen einfach nicht vereinbar seien und das Tacheles so wie es in den letzten Jahren existierte, nicht zu erhalten sein werde.

Interessant ist die Pufferfunktion der Frau Pfeiffer, welche diese nicht zu vereinbarenden Interessen, Erhalt des Aushängeschilds Tacheles (ohne das die Akteure der "anarchischen Kultur" abspringen) und eine hohe kommerzielle Ausnutzung des Grundstücks unter einen Hut bringen soll. Mit ihr wurde eine Person ausgewählt, die schon durch Ihr Auftreten im Tacheles einiges an Kräften und eventueller Gegenwehr gegen die geplante Vereinnahmung zu binden in der Lage war. Es handelt sich um eine äußerst extrovertierte Frau, die

ihre vermutlich US amerikanische Herkunft u.a einen zur Schau getragenen Amislang herausst desweiteren ihre von ihr benannte halbseitige Lä dazu nutzte emotional an die "Tachelesleute" h kommen, bzw. auch inhaltliche Gespräche dan mengte (O-Ton "Tacheles": "Wir kennen ihre Krankengeschichte", jedoch offentsichtlich nic reichend die nötigen Infos). Es ist sicher kein daß eine solch "schillernde" Persönlichkeit in di frontation mit der zu vereinnahmenden chisch/dynamisch/kreativen" Subkultur ge wurde.

Die aktuelle Entwicklung

Nach der zugespitzten Situation vor einem halber mit den gegenseitigen Schuldzuweisungen un scheitern eines wirklich gemeinsamen Konzepte schärfte sich die Lage in den letzten Woche Monaten nochmals. Die Oberfinanzdirektion (welche das Grundstück übergangsweise ver droht mit Räumung, da der OFD die Vermarktu lange dauert. Somit hat auch hier die OFD, wie in anderen Fällen (Wagenburgen etc.) die Dreck für den Bund übernommen.
Diese Räumungsdrohung nahm dann der ach so gelobte, alterntiv/kulturell befließene Investor Ja (Fundus) zum Anlaß sein Mietangebot an das lesmun auf zehn Jahre zu beschränken. Zus schwang die OFD noch die Keule der baupolize Mängel und setzte den Räumungstermin auf November fest. Die starke öffentliche Reaktion lasste, daß die Mängel nach einer inzenierten hung, dann doch plötzlich nicht mehr so groß und ein Aufschub bis Ende des Jahres gewährt w So gilt auch für das Tacheles die Devise stirb od (die beschissenen Vertragsbedingungen). Aber ben ist es durch die Kommerzialisierung ja eh sch

Unternehmen" ("Maloepredprijatie") und einem symbolischen Namen. Dieses "Unternehmen" hält Kontakt zur entsprechenden Organisation in Nachbarstaaten, bspw. in Polen. Das polnische "Unternehmen", das sich als "aufnehmende Seite" bezeichnet, schickt seinem Partner - z.B. in der Ukraine - eine mit Siegel verschlossene Order ("Voucher"), die die Grundlage für die Ausgabe eines Reisepasses ist. Bewohner der GUS benötigen jedoch nicht nur ein Ausreisevisum, über das in jedem Fall die örtlichen Behörden entscheiden, sondern auch ein Einreisevisum in das gewünschte Land. Im Prinzip kommen (von Diplomaten abgesehen) folgende Arten von Einreisevisa in Frage: Visa auf Privateinladung ("Gästevisa"), Touristenvisa (die für einen oder drei Monate ausgegeben werden können), Transitvisa und Visa für "Gastarbeiter". Die Erteilung dieser Visa liegt in der Kompetenz der Konsularabteilungen der jeweiligen Einreiseländer. Die Konsulate der potentiellen Gastländer befinden sich bislang jedoch nur in den ehemaligen sowjetischen Verwaltungszentralen Moskau, Petersburg, Kiew und Minsk. Aufgrund des großen Andrangs entstehen dort gegenwärtig Wartezeiten von drei bis sechs Monaten, Zeitspannen, die vor allem für die Flüchtlinge aus Kriegsregionen oft unerträglich sind. "Das deutsche Einreisevisum konnten wir nur in Rußland bekommen. In Armenien gib es nicht einmal eine Visaabteilung Wir haben das Visum in Moskau, im deutschen Konsulat beantragt. Wir haben drei Monate gewartet, da war so eine lange Schlange, einfach ein Hohn auf die Leute, im Konsulat hat man uns sehr grob behandelt. " (Armenier, 24 Jahre) Viele der Ausreisewilligen suchen daher nach anderen, schnelleren Wegen, um ein Einreisevisum in das Land ihrer Wünsche zu erhalten. So ein Migrant aus Kabardino-Balkarien: "Einfacher war es, das Visum bei der Mafia zu kaufen. Da bekommt man für 100 Dollar gleich ein Visum für drei Monate, für 50 Dollar für einen Monat "
(...)

Lebens- und Arbeitsbedingungen der GUS-Migranten in Berlin

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migranten aus der ehemaligen UdSSR in der BRD resp. Berlin differieren stark entsprechend dem jeweiligen Aufenthaltsstatus. Flüchtlinge aus Gebieten militärischer und nationaler Konflikte kommen in der Regel fast ohne materielle Mittel und beantragen Asyl in der Hoffnung, in der Bundesrepublik eine Zuflucht und neue Existenzgrundlage zu finden. Vom Zeitpunkt ihrer Antragstellung bis zum Abschluß ihres oft viele Jahre dauernden Prüfverfahrens unterliegen sie dem Asylverfahrensgesetz, das den Aufenthalt des Asylsuchenden im Geltungsbereich des Gesetzes nur beschränkt gestattet. (...)
Nach dem Aufatmen in den ersten Tagen und Wochen, nach dem Sammeln erster Erfahrungen stellte ich bei vielen Asylbewerbern Ernüchterung und oft auch



Enttäuschung hinsichtlich ihrer Lage ein. Ihnen war klargeworden, wie lange sich das Asylverfahren hinziehen würde und daß sie während des schwebenden Verfahrens kaum Rechte besaßen. So meinten zwei Russen: "Wir haben uns staatlichen Institutionen gestellt in der Hoffnung, daß das Asyl uns Rechte gibt - in Deutschland zu bleiben, die Ehefrau und die an deren Verwandten herzuholen, mit der Familie hier zu leben. "(...)
Ein Teil der Asylbewerber verläßt daher die Asylheime und taucht in die Illegalität ab, (nachdem sie erkennen welch geringe Chancen sie haben als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden). Ein Asylbewerber aus dem Kaukasus (Kabardino-Balkarien) zum Beispiel war zunächst in einem Heim in Berlin untergebracht, lebte mit zwei Georgiern und einem Russen in einem Zimmer, ertrug nur schwer die Zeit des Wartens und der erzwungenen Untätigkeit. Dann wurde er in ein Lager in den alten Bundesländern gebracht, wo er zu zusammen mit vielen Russen wohnte. Dort hielt er es aus Angst vor einer negativen Entscheidung seines Asylbegehrens aber nicht lange aus, sondern flüchtete nach Berlin, nahm Verbindung zu polnischen Händlern am Brandenburger Tor auf, die er von früher her kannte, ging in den Untergrund und begann, sich als Kleinhändler über Wasser zu halten. Sehr ähnlich verhalten sich viele GUS-Bürger, die offiziell mit einer Touristenreise nach Deutschland resp. Berlin einreisen. Mit einem solchen Visum dürfen sie sich maximal 3 Monate in Deutschland aufhalten. Die Aufnahme einer Tätigkeit ist ihnen untersagt. Dennoch beabsichtigen sie, auf jeden Fall länger zu bleiben und suchen intensiv nach einer Verdienstmöglichkeit, um nur nicht "mit leeren Händen" zurückkehren zu müssen. So wie Sergej aus der Ukraine (32 Jahre) denken die meisten GUS Touristen: "Ich habe viel, fast alles, ausgegeben, um als Tourist in die BRD zu kommen. Ich muß wenigstens ein paar Monate hierbleiben, irgendeine Arbeit finden und ein bißchen Geld verdienen. " Das

Die Tatsache, daß der Berliner Polizeiapparat inklusive weiter Teile der Gewerkschaft mit Mitgliedern der rechtsextremistischen Republikaner durchsetzt ist, war Gegenstand langer und folgenloser Debatten.
Für räumliche Aspekte ist in diesem Zusammenhang der Aufbau spezieller Einheiten, der sogenannten Operativen Gruppen von Interesse: Ihre Aufgabengebiete sind im Stadtbereich auf die heutigen und zukünftigen zentralen Innenstadtbereiche eingegrenzt. ihr Aufbau ist Ausdruck eines neuen Polizeikonzeptes, das auf das gezielte Herausgreifen unerwünschter Personen aus bestimmten Räumen zielt. Heckelmann ordnete im Juli 1993 die Aufstellung der Operativen Gruppe City West an, die ausschließlich gegen BettlerInnen, Obdachlose und Glücksspieler vorgeht. Analog zu den Investitions- und Tourismusschwerpunkten des Berliner Senats sind damit inzwischen vier Operative Fruppen (OG)- die OG Alex, die OG Potse, die OG City West und die im Januar 1994 gegründete OG SO36 mit diesem Aufgabenprofil eingerichtet worden. Aber auch gegen etwaigen politischen Protest ist vorgesorgt: die politische Polizei der Stadt, der Berliner Saatsschutz, führt eine 300 Personen umfassende, ursprünglich für Olympia-GegnerInnen angelegte Datei als "Anti-.. nstrukturierungs-Datei" weiter.

...und die privaten Sicherheitsdienste

1989 wurden bundesweit 750 private Sicherheitsdienste gezählt. Im Oktober 1992 ging die Polizei von 170 legal gemeldeten privaten Sicherheitsdiensten in Berlin aus. Die Branche besteht insgesamt aus etwa zehn Großanbietern und zahlreichen kleinen (auch illegalen) Betrieben. Nach wie vor gibt es keine gesetzlich geregelten Ausbildungsvorschriften.
Waren die privaten Sicherheitsdienste bisher weitgehend im "Objekt und Personenschutz" tätig, übernehmen sie zunehmend Aufgaben, die originär dem staatlichen Gewaltmonopol zugeschrieben wurde. Dabei nehmen sie ihre Hauptaufgabe "abstrakte Gefahrenabwehr" nur für kapitalkräftige Firmen und Einzelpersonen sowie Institutionen wahr.
Verkehrüberwachung, Kontrolle von öffentlichen Räumen wie U-Bahnhöfen, Fußgängerzonen und Parkanlagen. Inzwischen werden durch private Sicherheitsdienste auch regelmäßig, rechtswidrig und in Kooperation mit den Polizeikräften vor Ort besetzte Häuser geräumt. Fahndungaufgaben werden gefordert und in der rechtliche Grauzone bereits praktiziert; sinnigerweise werden die privaten Sicherheitsdienste auch in den Abschiebehaftanstalten gegen straffällig gewordene AusländerInnen und abgelehnte AsylberwerberInnen eingesetzt. *[...]*
Mit ihrem Einsatz in den öffentlichen Verkehrsmitteln der Stadt definieren sie damit auch den öffentlichen Raum in einen privaten um. Das hat zur Folge, daß Private die Zugangsbedingungen in diese nun gleichsam privatisierten öffentlichen Räume definieren. Die Neuorientierungen in der architektonischen Inszenierung der Innenstadt, die mit shopping-malls, Passagen und halböffentlichen Räumen vollgepfropft wird, unterstützen diesen Ersosionsprozeß des öffentlichen Raums.
Der Berliner Architekt Christoph Langhof schlug den Verkauf von innerstädtischen Fußwegen an Unternehmen vor. Hinter den privaten Sicherheitsdiensten stehen in der Regel große Konzerne wie die Veba AG (Raab Karcher Sicherheit), die Stinnes AG (Brink's Schenker GmBH), die Pedus AG (Peter Dussmann Sicherheitsdienste), die Wisser-Gruppe des Textil-und Reinigungsmoguls Claus Wisser (Industrie und Handelsschutz GmBH) oder die Berliner Penz-Garski-Immobilien GmBH mit ihrem B.O.S.S. Sicherheitsdienst, die Anlaß zu Befürchtungen geben, daß sich solche Vorschläge druchsetzen.





Für den privaten Sicherheitsdienst Berliner Wache GmbH, der die wohlhabenden Villenviertel im Grunewald, in Zehlendorf und Dahlem im Südwesten Berlins bewacht, ist klar, daß er in ärmeren Stadtvierteln nicht kostendeckend arbeiten kann, so daß das Problem nur räumlich verschoben wird. Obwohl keine gesicherten Daten vorliegen, darf angenommen werden, daß eine Verlagerung von (Diebstahls-)Delikten in die ärmeren Stadtteile im (Nord-)Osten stattfindet. Konsequenterweise bedient die Berliner Wache seit 1994 auch Lebensmittelketten und Warenhäuser in Neukölln und Kreuzberg (im Süd-Osten Berlins). Der ehemalige SEK-Polizeibeamte und jetzige Geschäftsführer, Mike Jürges, betont: "Kriminalität kann man nicht vernichten"; sein Geschäftspartner fügt hinzu: "Irgendwo fällt immer Dreck an. Durch unsere Arbeit eben nur woanders"
Die 1977 gegründete Industrie- und Handelsschutz GmbH (IHS) wird durch den ehemaligen Geheimdienstchef Heribert Hellenbroich geleitet und ist mit 2.500 Beschäftigten einer der Großen der Branche. In Berlin arbeitet die IHS seit 1990; inzwischen mit knapp 300 Leuten. In Frankfurt/M., Ludwigsburg und Köln kontrolliert die IHS ebenfalls die U- bzw. S-Bahnen.

Internationales Kapital in Berlin

Wenn hier von den internationalen Konzernen nur am Rande gesprochen wurde, so liegt das auch daran, daß die meisten Bauprojekte der Stadt noch in der Bauphase befindlich sind. Somit gibt es auch kaum praktische Erfahrungen. Die Multis haben sich bisher -genauso wie die Developerfirmen- nicht direkt in die sicherheitspolitischen Diskussionsrunden einbinden lassen, sondern agieren allein und direkt. Dabei sind viele Projekte in Berlin so strukturiert, daß Atrien, überdachte Plätze oder Unterführungen halböffentliche Räume unter privatwirtschaftlicher Kontrolle bilden. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, selbst in diesen Räumen aktiv zu werden. *[...]*

Über einzelne Großinvestoren gibt es jedoch Erkenntnisse aus anderen Städten. So drohte die ebenfalls am Potsdamer Platz bauende Sony AG 1988 mit der Verlegung ihrer Unternehmenszentrale aus Köln, falls das angrenzende Roma- und Sintilager nicht umgehend beseitigt werde; der Lagerplatz sei, so der damalige Sony-Chef, Jack Schmuckli, "schlimmer als eine Müllhalde". Die ebenfalls in Berlin ansässige, auch im Immobiliengeschäft aktive Douglas-Holding (Kosmetik) forderte unlängst, daß die Innenstädte "genauso wie ein Einkautszentrum gemanagt" werden müßten. *[...]*
Sie drohte in ihren Filialorten den Stadtverwaltungen, sie werde sich aus den Innenstädten zurückziehen, "wenn es den Stadtvätern nicht gelingt, die Innenstädte sauber zu halten und der Kriminalität zu Leibe zurükken". *[...]*
Das Ausmaß der Bedeutung des internationalen Kapitals unter sicherheitspolitischen Aspekten ist noch nicht abzusehen. Auch deshalb bleibt unter analytischen Gesichtspunkten abzuwarten, ob das aus dem größten Immobilienfüher Berlins stammende Zitat eine Konfrontationslinie beschreibt, die späterhin auch für ganz Berlin gilt. Den BewohnerInnen der Stadt wäre sie angesichts der Alternativen - trotz aller darin liegenden Widersprüchlichkeiten - vermutlich zu wünschen:



"Einige gehen in militanter Weise gegen drohende Veränderungen ihres "Kiezes" vor. Neueröffneten Läden des gehobeneren Bedarfs wurden die Schaufenster zertrümmert, verhaßte "yuppies", die renovierte Dachgeschoßwohnungen bezogen hatten, mußten sich Pöbeleien gefallen lassen. Wer als "Spekulant" gilt, muß mit Schlimmerem rechnen. Kurz: Wer hier [Kreuzberg, V.E.] investiert und wohnt, ist auf eine gewisse Duldung angewiesen und sollte gegenüber dem bunten Volk von Aussteigern (und Schnorrern) keine Berührungsängste haben"



Die Zeiten mutieren

und

wir motivieren uns in ihnen

Good old times

Bei der Durchsicht der Interim Jahrgänge 90/91, erstaunt erstmal, wie sehr sich die Stimmung verändert hat. Obwohl damals schon viele frustriert waren, gab es noch ein Selbstvertrauen, etwas auf die Beine stellen zu können und einen Blick, auch wenn er sehr pessimistisch war, auf eine gesamtgesellschaftliche Veränderung. Die Ernennung Berlins zur Hauptstadt und die Olympiade galten als übermächtige Bedrohung, aber es gab noch einen Willen dies und das zu verhindern oder sich wenigstens heftig zu wehren. Allgemein wurde trotzdem erwartet, daß wir[1] innerhalb kürzester Zeit vereinzelt an den Stadtrand verdrängt werden und alle Innenstadtbezirke von Konsum, Werbeagenturen und konformen, reichen Deutschen besetzt sind. Der Versuch von genaueren Analysen fehlt fast vollkommen.

We want the world and we want it ...

Die Interim 1996 kennt ihr. Da mal eine Aktion und dort auch, aber eher mit dem Gefühl von trockener Pflicht und mächtiger Ohnmacht. Eher Rat- und Ideenlosigkeit. Aber was tun?
Heute leben wir immer noch in Kreuzberg, Friedelhain, Prenzelberg und sogar in Mitte noch welche. (Es ist auch denkbar, daß es noch ein Weile so bleibt.) Die Olympiade 2000 findet nicht in Berlin satt, sie wurde hier vielleicht sogar verhindert. Der Umbau Berlins zur Hauptstadt ist auf der einen Seite rasant, monströs und faktisch. Auf der anderen Seite noch immer reine Spekulation. Läßt sich der Tiergartentunnel überhaupt bauen? Kann das Kanzleramt angefangen werden? Verzögert sich der Regierungsumzug um 5 oder 10 Jahre? Wie lange können sich leerstehende Büro- und Ladenflächen geleistet werden? Wie schwer ist ein Ei auf einem Papstmobil? Zieht Berlin wirklich Geld an? Wer hat sich am Ende verspekuliert? Eine aktive Bevölkerung könnte durch energische Imagebeschmutzung ihren Teil dazu betragen, daß Profiterwartungen sich nicht erfüllen und das Leben erträglicher bleibt.
Aber der Regierungsumzug ist nur ein Teil im Projekt "Stadtumkrempeln", dem Versuch, Berlin in der globalen, kapitalistischen Konkurrenz der Städte einen vorderen Platz zu verschaffen. Das ist von der Hauptstadt der DDR und der subventionierten Frontstadt Westberlin ein sehr weiter und ungewisser Weg. Und selbst wenn es an vielen anderen Orten auf der Welt den gleichen Versuch gibt, müssen die Bedingungen hier in dieser Stadt durchgesetzt werden und können dadurch auch genau hier bekämpft und verhindert werden.

The future is unwritten.

Das Gefühl unserer eigenen Ohnmacht sollte uns nicht dazu verleiten, zu glauben, irgendwer hätte die Allmacht und könnte seine Pläne (wenn er denn welche hat) ohne weiteres durchsetzen. Es ist schon so, daß Sience-Fiction-Thriller immer vorstellbarer werden und es oft nicht viel Grund zum Optimismus gibt. Aber die Geschichte ist eben nicht zu Ende.
Weil die Zukunft noch ungeschrieben ist, bleiben ab hier vor allem Fragen.
Wie bewerten wir die Veränderungen?
Finden wir denn wirklich alles scheiße was jetzt abgeht und uns noch ins Haus steht? Die Autonomen waren (sind) ja Protagonisten von dem was wir heute Postfordismus schimpfen. Oh, wie haben wir abgekotzt über die fettärschigen Deutschen, die –rundum versichert– sich bemühten, ihr Leben möglichst früh so einzurichten, daß es dem/der NachbarIn gleicht und sich nichts mehr ändert bis zum Tod. Unser Lebenskonzept war Veränderlichkeit. Wechselhaftes Berufsleben, flexible Arbeitszeiten, ständiges Lernbedürfnis, Verzicht auf die Rente, Pausen in der Erwerbsarbeit, Arbeit, auch für wenig Geld, sind Bedingungen, die sich die, die gearbeitet haben, schon in den 80zigern gesucht haben. Sollen wir jetzt das verteidigen was war?

Vor allem da wir an dem, was unter dem fordistischen Modell so alles als Errungenschaft gefeiert worden ist, unsere berechtigte Kritik gehabt haben. Die Wohnblocks –mal abgesehen, ob wir sie persönlich nun schön oder ätzend finden– waren darauf ausgerichtet, daß die Kleinfamilie darin wohnte. Im Idealfall ging Vatter arbeiten und brachte den Familienlohn mit nach Hause und Mutter zog zu Hause ein bis zwei Kinder groß in ökonomischer Abhängigkeit vom Mann. Dieses Modell ist ins Wanken geraten und nicht nur, weil sich irgendein Regime von sich aus so geändert hat, sondern weil vielmehr die Widerstände von Frauen gegen diese bestehenden Verhältnisse dazu beigetragen haben.





Dieser Zersetzungsprozess der Kleinfamilie, als eines der stärksten Repressionsorgane der bürgerlichen Gesellschaft, müßte eigentlich unseren Beifall finden. Leider gibt es aber keinerlei Entwicklungen zu anderen, zu kollektiven Strukturen. Die Atomisierung schreitet voran.
Die Differenzierung der Gesellschaft verringert die soziale Repression, wenn du ein unorthodoxes Leben führen willst. Auf der anderen Seite erschwert sie den Austausch und die Einigung über gemeinsame Interessen, um sich kollektiv gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren.

Wie verändern wir unsere Politik?
Können wir ein Denken entwickeln, das die Individualtät der einzelnen Menschen akzeptiert und trotzdem universelle Grundsätze und Forderungen hervorbringt? Dies ist nicht nur bezogen auf unsere Gesellschaft, sondern auch eine Frage nach einem neuen Internationalismus.
Können wir eine Sprache entwickeln, die viele verstehen und anspricht, und trotzdem Widersprüche und Ziele klar formuliert? Der Subkommandante rührt immer mein Kämpferherz, aber mein Politikerkopf fragt sich, was der eigentlich will. Vielleicht sollten wir auch eher eine künstlerische bzw. kulturelle Sprache suchen, wenn wir mit unserer verbalen nicht weiterkommen.
Können wir uns Bündnisse vorstellen, in denen unterschiedliche Leute gemeinsam an gesellschaftlichen Veränderungen arbeiten und gleichzeitig ihre Widersprüche untereinander klar machen und sich darüber streiten? Reine Identitätspolitik führt wahrscheinlich zu abgetrennten Communities, die es dann sehr schwer haben zu kommunizieren. Die Abgrenzung der AntiDeutschen scheint die Umkehrung der Suche nach dem revolutionären Subjekt zu sein, die doch, so dachte ich jedenfalls, schon mal im Archiv gelandet war.
Können wir uns neuen politischen Ideen und neuen Politikformen öffnen und die Option auf Militanz und illegale Strukturen behalten? Wenn wir selbstbestimmte Politik betreiben wollen, brauchen wir auch illegale Strukturen. Leider rauchen sich im Moment viele, die so arbeiten, auf und hören auf. Wenn wir konkret und direkt eingreifen wollen, müssen wir militant vorgehen können. Leider sind militante Aktionen immer weniger eingebunden (eh nicht so häufig). Wie können wir dem mehr Energie einhauchen?
Wie werden wir mit dem sozialen Elend umgehen? Die einmal weit verbreitete Auffassung "wir bekämpfen das System und lassen uns durch die Arbeit an den Symptomen nicht die Kraft rauben" ist, zumindest was die Flüchtlingsarbeit angeht, schon lange passé. Werden Projekte wie "food not bombs" in den USA auch hier immer wichtiger? Kann solch eine Arbeit als politische Basisarbeit wirken und Strukturen aufbauen, die sich wehren oder bleibt sie zwangsläufig humanistisch-karitativ?

[1]Das "Wir" ist ein wir, das total unbestimmt ist, das dich nicht meint, wenn du dich nicht meinst, dich aber meint, wenn du meinst.

Wo sind konkret Ansatzmöglichkeiten?
Casa y libertad
Besetzte Häuser und Wagenburgen durchbrechen die kapitalistische Logik, sie stellen Forderungen nach gesellschaftlichen Aufgaben und sind ein Versuch kollektive Strukturen zu schaffen. Eigentlich supergute Politik. Die "Linke" täte verdammt gut daran, den Kampf um die übrig gebliebenen und um neue Häuser und Wagenburgen zu intensivieren.

Palast der Republik als Symbol
Wem überlassen wir die Stadt? Das meint auch die City und seien es nur Symbole in der City, aber Politik wird oft mit Symbolen gemacht. Es ist einfach ein total anderer Ausdruck, ob das preußische Schloß wieder aufgebaut wird oder ob der Palast der Republik als öffentliches Kultur- und Veranstaltungszentrum stehen bleibt.

Hauptbahnhof: City goes to Friedelhain
Die Planung und die Umgestaltung des Bereichs um den Hauptbahnhof ist noch Planung. Nach vielen abgefahrenen Zügen könnte hier eine Auseinandersetzung um die Aufgabe von Stadt, als Raum fürs Geld oder als Raum für Menschen zum Leben, entstehen.



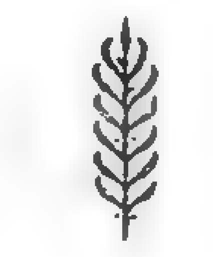


Wir bekennen...

Kleine Sünden bestraft der liebe Gott (*sorry*) sofort -
für die großen brauchen selbst die Autonomen ein wenig länger.
Dennoch: was lange gährt, wird endlich Glut!

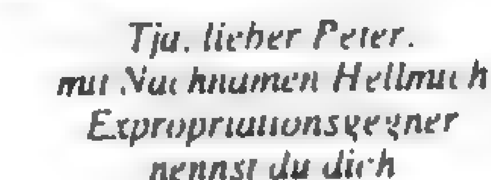
Da aber Hellmich's Peter, seines Zeichens Installateurbedarfshändler (en gros) und nun leider auch faktischer (*hier irrte der A.S.S.*) 1), wenn auch weiterhin "drittklassiger Hausbesitzer" in einem evtl. Reaktionsvergleichs-Test, den Pawlowschen Hunden sicherlich haushoch unterlegen wäre, der Auffassung zu sein scheint, gutgemeinte Ratschläge, insbesondere von ihm nicht unbedingt wohlgesonnenen, jedoch zumindest ernsthaft an der Sache Interessierten, in den Wind schlagen zu müssen, um dann seinen Fehler nicht einfach zu wiederholen, wäre ja zu plump, sondern noch einen Zacken zulegt und mit Innensenators komplizitärer Zuarbeit, die Pallisadenstraße 49 gegen Ende März '96 polizeilich räumen läßt... Peter,Peter!
Wir waren echt enttäuscht!
Wie sehr, kann Hellmich's Peter daran ablesen, daß wir über acht Monate benötigten, unsere Betroffenheit abzuschütteln, um hernach gutgelaunt Hellmichøs Installateurbedarfs(en gro)klitsche dreier (en detail) schnieker LKW, mittels Einäscherung zu berauben.
Überrascht lieber Peter?
Das treut uns!

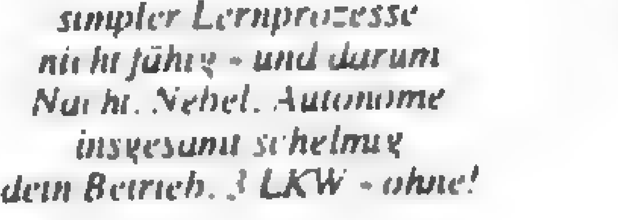
Fur dich als Trost ein kleines Gedicht statt netter Parolen



Tja, lieber Peter,
mit Nachnamen Hellmich
Expropriationsgegner
nennst du dich

simpler Lernprozesse
nicht fähig - und darum
Nacht. Nebel. Autonome
insgesamt schelmig
dein Betrieb, 3 LKW - ohne!





Ach ja, für jene, die Details lieben:
-Peter Hellmich, Landsberger Allee 22
Büro und Lageradresse: Wilhelmsmühlenweg 61 (*aktuell wohl ohne LKWes*)
als auch in der Krautstraße (*hier brannte schon mal ein LKW*)
-Thomas Giese "Abriss, Abfuhr, Handarbeit" Heiligenseestraße

A.S.d.S.S. (autonome Subunternehmer des sicherheitsdienstes solidaridad)
Berlin, den 24.11.96

Feurige Grüße an alle Menschen auf der Demo für die Verteidigung selbstbestimmter Freiräume

1) August 94: als Reaktion auf einen "privaten" Räumungsversuch Hellmichs mit Firma Giese dezimiert der Autonome Sicherheitsdienst Solidaridad (kurz: A.S.S.) den Fuhrpark Hellmichs um einen LKW.
Sie schreiben: "*...heute Nacht dem drittklassigen Möchtegernhausbesitzer und Installateurbedarfshändler ... den schmuck unzusehenden LKW eingeäschert haben, auf daß er hoffentlich Schwierigkeiten mit seinem Handel bekomme und gleichzeitig über sein Handeln nachdenke*"



Brandsätze

Wir wollen euch heute vorstellen, was sich in autonomen Gruppen zum Teil schon herumgesprochen hat und zwar wie ihr einen zeitverzögerten Brandsatz mit einfachen und handelsüblichen Materialien bauen könnt. So ein Feuerchen kann einen beträchtlichen Schaden anrichten und viel Spaß bringen. Das Modell hat eine relativ einfache Bauweise und beruht auf einem chemischen Zünder. Trotzdem oder gerade deswegen wollen wir noch einige Vorbemerkungen loswerden und nicht mir nichts dir nichts eine Bauanleitung veröffentlichen.

Ein Brandsatz ist eine gefährliche Sache! Bei einem Feuer sind potentiell Menschenleben in Gefahr und deshalb muß damit besonders verantwortlich umgegangen werden. Unserer Meinung nach muß bei der Verwendung eines Brandsatzes die Gefährdung von Menschen weitestgehend ausgeschlossen werden!

Der besondere Vorteil, aber auch die große Gefahr eines zeitverzögerten Brandsatzes liegt eben gerade in der Zeitverzögerung. Die Zeitverzögerung schafft Zeit, um besser zu verschwinden. Anders als wenn wir das Feuer im direkten Moment der Aktion legen, entsteht aber auch Zeit, wo wir die Kontrolle über die Aktion und die Vorkommnisse am Ort abgeben und sie ein Stück weit dem Zufall überlassen. Jede Gruppe sollte sich vor der Aktion genauestens darüber Gedanken machen, was in dieser unkontrollierten Zeit am Ort passieren kann, um die Beschädigung oder Gefährdung Unbeteiligter soweit möglich auszuschließen oder gering zu halten.

Seit den rassistischen und faschistischen Pogromen und Anschlägen der 90er Jahre verbinden viele Menschen mit einem Feuer ein Werk von Rechten. Dieser Umstand zwingt uns dazu politisch und praktisch bewußt und eindeutig mit dem Mittel Feuer umzugehen.

Durch die Veröffentlichung dieser Bauanleitung und auch weil der Brandsatz relativ einfach zu bauen ist, können wir einmal mehr nicht verhindern, daß das Wissen in "falsche Hände" gerät. Auf der anderen Seite halten wir es immer noch für richtig, das Wissen um diesen zeitverzögerten Brandsatz in linksradikalen und autonomen Kreisen zu verbreitern und erhoffen uns, andere Gruppen damit anzuregen und Eure Möglichkeiten zu erweitern.

Materialliste:
Für den Brandsatz
- ein Standard-Postpaket Größe 2, bzw. L oder M
- 2mal 1,5 Liter dünnwandige Plastikflaschen mit Schraubverschluß wegen der Dichtigkeit, bspw. Vittel
- Zeitungspapier
- Benzinölgemisch (Mischungsverhältnis 10:1)
- Plastikgefrierbeutel, bspw Toppits

Für den Zünder Variante A (kurze Zündzeit):
- ein Plastikröhrchen von Vitaminbrausetabletten (ca. 15 cm Höhe)
- Zigarettenfilter zum selber drehen
- ein Plastiktrichter kleinste Größe (Haushaltsbedarf), wo der Zigarettenfilter eben noch in den Trichterhals hineinpaßt
- Textilklebeband
- Kaliumpermanganat 10g (=1 Portion der handelsüblichen Menge)
- Glyzerin
- eine Einwegspritze mindestens 2ml
- Sekundenkleber

Für den Zünder Variante B (lange Zündzeit):
wie oben
- zusätzlich ca. 25cm starrer Schlauch Innendurchmesser ca. 9mm, z.B. Benzinleitung
- Einwegspritze mindestens 20 ml oder kleines Glas



Hinweise: Das Kaliumpermanganat ist in der Apotheke erhältlich und kein Allerweltsprodukt. Es wird u.a. zum Desinfizieren oder fürs Aquarium verwendet.

Bauanleitung:

Allgemeine Regeln: Alle Materialien müssen natürlich ohne Fingerabdrücke sein. Gearbeitet wird nur mit Handschuhen. Achtet darauf, daß keine Haare, Fusseln oder sonstige spezifische Sachen in den Brandsatz fallen oder an den Klebebändern (ganz wichtig!) haften. Ihr müßt immer damit rechnen, daß der Brandsatz nicht zündet oder gelöscht wird. Legt euch beim arbeiten eine Unterlage (Zeitung oder Plastkfolie) auf die Arbeitsplatte und verwendet alle Materialien so sorgsam, daß beim Aufräumen nichts mehr übrig bleibt, insbesondere von den Chemikalien. Nicht mehr benötigte oder angebrochene Materialien werden vernichtet.

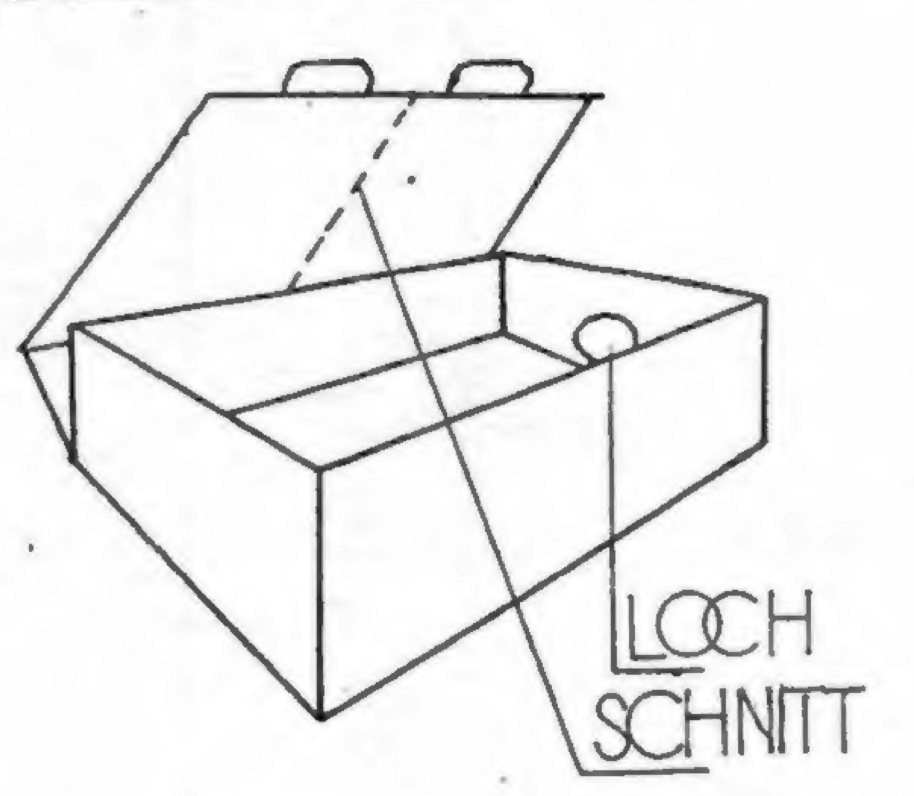
Der Brandsatz: Faltet das Postpaket. Füllt die Plastikflaschen mit Benzin (wahlweise mit Öl als Zusatz, das brennt länger. Regel: Um so kälter, um so weniger Öl) nicht mehr als 3/4 voll, damit sie leicht durchbrennen können. Füllt 3-4 Plastikbeutel mit Benzin, so daß ihr sie noch verschließen könnt (knoten und Textilklebeband herum). Jetzt legt ihr die beiden Flaschen außen in das Postpaket. Zwischen die beiden Flaschen klebt ihr den Zünder auf dem Boden fest. Neben den Zünder werden die gefüllten Plastikbeutel gelegt. Die Lücken werden mit leicht geknülltem Zeitungspapier ausgefüllt. Wichtig ist hierbei, das Paket nicht zu kompakt zu machen, damit Luft da ist und es gut anbrennen kann. In die Seitenwand in der Nähe des Zünders wird zur besseren Belüftung noch ein Loch geschnitten. Wichtig ist auch hier, daß an den Zünder und die Gefriebeutel auch wirklich Luft gelangt. Dort wo der Deckel über dem Zünder liegt schneidet ihr die Pappe des Paketes so auf, daß sie aufklappbar ist und darunter der Zünder zu sehen und zu bedienen ist. Nehmt keine allzu dünnen Plastikbeutel, da das Benzin nach einigen Stunden das Plastik auflöst. Fertig ist der Brandsatz.

Der Zünder Variante A: In das leere Vitaminröhrchen werden 10g Kaliumpermangant gefüllt. In den kleinen Trichter wird ein Zigarettenfilter bis zum Ende des Auslaufröhrchens gestopft. Der kleine Trichter wird nun in das Vitaminröhrchen gesteckt und mit Textilklebeband befestigt, so daß beide Teile fest miteinander verbunden sind. Das hat den Sinn, daß das Ganze beim Transport nicht auseinanderfällt.

Der Zünder Variante B: wie oben, blos daß unten an den Trichter, ein etwa 25 cm langer Schlauch befestigt wird, der zu einer Schlaufe gebogen wird, so daß das Ende des Schlauches wieder in das Vitaminröhrchen hineinragt.

Vorher werden in das Vitaminröhrchen werden Löcher geschnitten, damit der Schlauch durchpaßt. Die Schlaufe hat den Sinn, daß das Glyzerin druchtropft, langsam den Schlauch auffüllt, bis es wieder unten raustropft. Wir haben bei dieser Bauweise nur einen halben Zigarettenfilter verwendet. Die Zeitverzögerung ist damit größer. Je nach Schlauch, Größe der Schlaufe und vor allem abhängig von der Temperatur, lassen sich damit Durchtropfzeiten zwischen 10min und 45min erreichen. Die benötigte Glyzerinmenge ist größer, wir haben etwa 20ml Glyzerin verwendet und gute Ergebnisse erhalten.

DER KARTON



ANORDNUNG VON OBEN GESEHEN

FLASCHEN
BENZINBEUTEL
ZÜNDER
LOCH
ZEITUNG

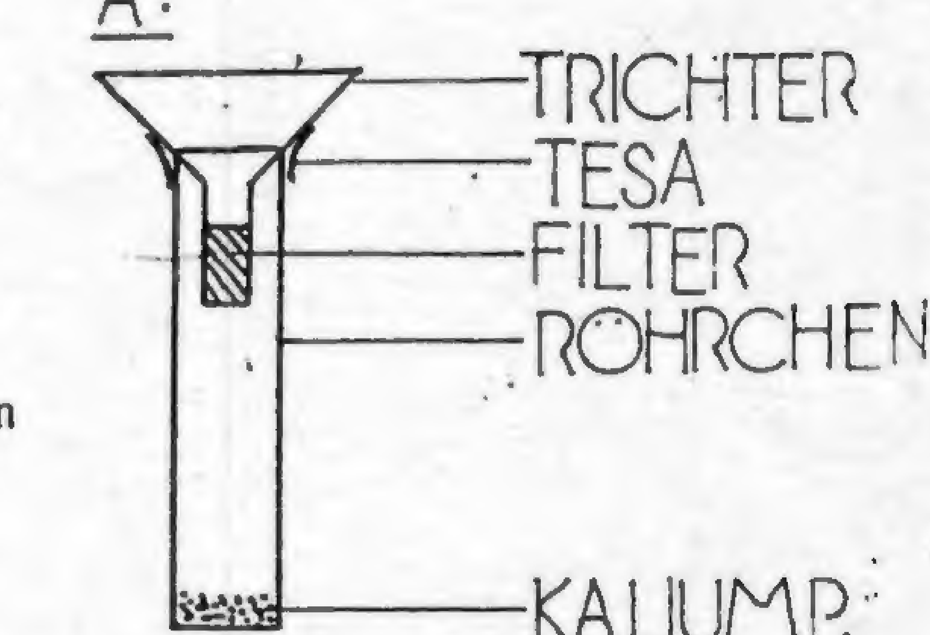
Der Brandsatz ist damit noch nicht gezündet! Er wird gezündet, indem mit Hilfe einer Spritze oder eines kleinen Fläschchens mindestens 2 ml Glyzerin bei Variante A (bei Varaiante B 20 ml) in den kleinen Trichter des Zünders gegeben werden. (Um ganz sicher mit dem Paket zu gehen, besteht die Möglichkeit zwei Zünder in den Brandsatz einzubauen.)

Die Funktionsweise: Das Glyzerin tropft durch den Zigarettenfilter auf das Kaliumpermanganat im Röhrchen. Das Kaliumpermanganat entzündet sich bei einer bestimmten Menge Glyzerin und frisst sich durch das Röhrchen. Nach dem ersten Tropfen beginnt langsam eine chemische Reaktion im Röhrchen, spätestens nach dem dritten fängt es an zu brennen. Dann werden die benzingefüllten Gefrierbeutel entzündet, die ihrerseits das Zeitungspapier und die Benzinflaschen entzünden. Die Funktion des Filters ist es 1) die Zeit des Durchtropfens zu verzögern und 2) sicherzustellen, daß nicht zuviel Glycerin ins Kaliumpermanganat gelangt, weil das sonst die Reaktion erstickt.

Der Brandverlauf bei 20 -22 Grad Außentemperatur:
Variante A: Nach ca. 1 bis 1,5 Minuten erfolgt die erste Reaktion. Bis der ganze Zünder brennt dauert es ca. 2 bis 2,5 Minuten. Bis das Paket brennt, dauert es ca. 3 bis 3,5 Minuten. Wenn dann die Benzinflaschen ausfließen, breitet sich das Feuer über das Paket hinaus aus. Es gibt keine Explosion, sondern einen stetig ansteigenden Brandverlauf. Die Zeiten sind allerdings vom Wetter und der Temperatur abhängig. Zusätzlich wirken hier die Qualitätsschwankungen der Chemikalien, je nach Alter und Lagerung. Das Glyzerin und das Kaliumpermanganat sind stark hydroskopisch, d.h. wasseranziehend, was sich insbesondere auf den Zündungsprozeß auswirken kann. Je kälter die Außentemperaturen, bzw die verwendeten Inhaltsstoffe, desto länger braucht die Reaktion. Insbesondere ist die Durchtropfzeit wegen der höheren Zähigkeit kalten Glycerins länger.
Bei Variante B braucht es entsprechend länger, bis die Reaktion beginnt.

Die Aktion: Paket und Glyzerin werden getrennt zum Objekt der Begierde getragen. Das Paket wird dort plaziert, wo etwas Brennbares in der unmittelbaren Nähe steht. Die Belüftungsklappe wird entfernt und die kleine Klappe über dem Zünder geöffnet. Das Glyzerin wird eingefüllt, die kleine Klappe bleibt offen, damit genügend Luft in das Paket gelangen kann und sich schnellstens vom Aktionsort entfernt. Wir empfehlen diesen Brandsatz besonders für Autos. Dort lassen sie sich problemlos unbemerkt an einen Reifen unter dem Motor abstellen. Bevor ihr diesen Brandsatz das erste Mal in einer Aktion verwendet, solltet ihr unbedingt Testreihen durchführen, z.B. nur den Zünder ausprobieren und die Zeiten messen. Und am besten das ganze Paket in einem Freilandversuch ausprobieren. So seht ihr, ob ihr alles richtig zusammengebaut habt und bekommt auch einen Eindruck vom Brandverlauf.
So, das wars, viel Spaß.

DER ZÜNDER



AUFRUF zu einer starken, radikalen HausbesetzerInnendemo 14 Uhr am Rosa Luxemburg Platz Sonnabend 30.11.1996

radikal

Chronik :

Wahl -Schönbohm kommt / Räumung der Schliemannstr. 11 / Räumung der Palisadenstr. / Räumung der Kleinen - Hamburger / Besetzung des Hauses in Klein - Machnow / Räumung von Alt - Stralau / Räumung des Vorderhauses Rigaerstr. 80 / Räumung der Samariterstr. 31 /Räumung der Wagenburg East-side / Räumung der letzten besetzten Häuser im Westteil ; Marchstr. - Einsteinufer / Räumung des Hauses in Klein - Machnow ; Zehlendorferdamm 183 / Räumung der Kinzigstr. 9 /Räumung der Kreutzigerstr. 21 und einige Wohnungen in der Kreutzigerstr. 11 und 12

Neubesetzungen /Räumung :

Schreinerstr.- Rigaerstr. 27 - Pfarrstr.92

Großmacht Deutschland hat wieder offen angefangen zu wüten -offener Krieg -"drinnen und draußen". um die Weltpolitik führend mitzubestimmen und am großen profit genügend teilhaben zu können , bedarf es einer repräsentativen Hauptstadt. eine solche Vorzeigemetropole soll dann kontrolliert sauber aussehen und sein.

Nun haben wir dazu in Berlin noch den passenden "cleaner" , Innensenator und ex-Bundeswehrgeneral Jörg Schönbohm bekommen , der mit seiner 35-jährigen Berufserfahrung nach Berlin kam und allem was nicht in Bonner Hauptstadtvorstellungen paßt den Krieg erklärt hat. Austoben tut er sich nun z.bsp in Sachen Asylpolitik (Hardliner in Bezug auf schnelle Abschiebung bosnischer Flüchtlinge) sowie auf dem Rücken der Haus - und Platzbesetzer. Frei nach dem Motto "der Dreck muß weg" bedient er sich dabei allen ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Wege.

Ob er mit Lügen unrechtmäßigen Räumungen seine Berechtigung gibt oder ob er sich dabei der Medien bedient , die auch noch bereitwillig mitspielen . Gegen besetzte Häuser und Plätze läuft seit einiger Zeit eine Hetzkampagnie , mit der unter anderem dem Senat massiv Räumungsgründe zugespielt werden und Räumungssympathie unter der Bevölkerung erzeugt werden soll. Die Hetze gegen die East-side ist ja allen noch im Gedächtnis. Ähnliche Scheiße passiert gerade in Bezug auf zwei besetzte Häuser. Die Besetzerinnen werden in der Presse als gewaltätige , barrikadenbauende Chaoten dargestellt , die

den ganzen Tag nichts anderes zu tun haben , als den Staat zu schröpfen und mit Hunden kleine Kinder auf die Frankfurter Allee zu hetzen (berliner zeitung) . Daß viele BesetzerInnen selber Kinder haben , Kinderprojekte aufgebaut wurden z. bsp. Kino und Cafes ,großer Widerstand um die Räumung des ASP organisiert und praktiziert wurde , spricht mal wieder keiner. Durch Räumungen werden diese Leute übrigens samt Kinder auf

die Straße gesetzt (Verantwortlicher dafür und für Schließungen von Kindergärten- unser Innensenator Schönbohm). Über die Häuser wird außerdem verbreitet , daß sie baufällige Ruinen wären und auch sonst mit Barrikaden bis unters Dach nur so zugestopft seien. Über so viel Quatsch sowie über die Behauptung , wir würden den soz. Frieden stören , können wir langsam noch nicht einmal mehr lachen . Fakt ist , daß über diese Hetze und Abstempelung von besetzten Häusern und Plätzen

zu Gefahrenzonen , die massiven Bulleneinsätze sowie die ständigen Kontrollen sogenannter "verdächtig aussehender Personen" gerechtfertigt werden sollen. Steigende Übergriffe von Bullen auf BesetzrInnen kommen ebenfalls nicht zur Sprache .(Vor kurzem wurde eine Besetzerin von Bullen derart verletzt , daß sie im nächsten halben Jahr ihr Bein nicht richtig benutzen kann . Eine andere , "auffällig aussehende Person" wurde fast von einem ,mit großer Wahrscheinlichkeit Zivilbeamten mit dem Motorrad umgekarrt) .

Presse und die massiven Bulleneinsätze begannen, sahen einige Menschen aus ex-und besetzten Häusern, Wagenburgen und Mietswohnungen die Notwendigkeit sich zwecks eines gemeinsamen Widerstandes zusammenzuschließen. Darauß entstand der Häusermob, der seit dem Winter letzten Jahres versucht mit Aktionen gegen die jetzige Situation anzugehen. Für uns sind Hausbesetzungen ein legitimes Mittel unsere individuellen Lebensvorstellungen gemeinsam zu verwirklichen und dabei nicht einem Mietszwang und den daraus entstehenden Ungleichheiten zu unterliegen. Politische und kulturelle Präsenz war für uns häufig nur möglich, da wir eben nicht die Hälfte unserer Zeit und unseres Geldes für Miete und Bürokratie verschwenden mußten -im Unterschied zu legalen, vertragsabhängigen Wohn- und Kulturprojekten. Damit haben wir jahrelang das kulturelle und politische Leben in unseren Kiezen mitprägen können. Durch Hausbesetzungen wurden einzelne Häuser über Jahre Mietshaien und Spekulanten vorenthalten, Leerstand beseitigt und auf diesen aufmerksam gemacht. Über Vorwürfe, wir würden uns an der langen Reihe der Wohnungssuchenden vorbeischmuggeln, können wir nur noch müde mit dem Kopf schütteln. Allein in Friedrichshain gibt es über 6000 leerstehende Wohnungen. Zur Wohnungsnot tragen wir bestimmt nicht bei.
Berliner müssen ihren Gürtel enger schnallen und auf Liebgewordenes verzichten , so sprach es Jörg Schönbohm und warf (und wirft) unmengen Kohle für teure ungerechtfertigte Bulleneinsätze aus dem Fenster. Wir sehen zur Zeit nur eins , da wird ne menge Kohle und Zeit aufgebracht uns zu vertreiben und zu kriminalisieren , um von der eigentlichen scheiße , die in Berlin und Umgebung läuft abzulenken , wie dem unüberschaubaren Milliardenloch Regierungsviertel und dem ansteigenden Naziterror (in Trebbin wurden Anfang Oktober zwei italienische Bauarbeiter von Nazis überfallen ,von denen einer der beiden bis heute noch im Koma liegt. Das ist nur ein Beispiel von vielen Naziübergriffen in letzter Zeit).Häuser-und Platzräumungen ist eine politische Sackgassenpolitik , welche neue Probleme schafft und aktuelle an die Stadtrandgebiete verschiebt.
Wir werden uns weder von machtgierigen schön blöden Senatoren vertreiben und einschüchtern lassen, noch uns kriminalisieren und mundtot machen - denn schweigende Gaffer gibts genug.



TERMINE

Donnerstag, 28.11.
19.00 Uhr
Treffen der Angeklagten wegen des Gelöbnisses zur Prozeßvorbereitung
im Büro der Kampagne gegen Wehrpflicht...
Oranienstr. 25

21.00 Uhr
Film: Die letzte Nacht des B. Gruschenko
in der Köpi 137

Freitag, 29.11.
20.00 Uhr
Veranstaltung zum Auftauchen von Matthes; Stand des radikal-Verfahrens
im EX. Gneisenaustr. 2a

19.00 Uhr
Filme: Tag X - Der erste Transport &
Tag X^2 - Der zweite Transport
in der Galerie Olga Benario. Weserstr./Hobrechtstr

21.00 Uhr
FrauenLesbenParty soli fürs "sorglos"-Konto zur Unterstützung illegalisierter FrauenLesben
im SEK. Scharnweberstr. 28 U Samariterstr.

Samstag, 30.11.
14.00 Uhr
Demo für den Erhalt alternativer Lebensräume
Rosa-Luxemburg-Platz

22.00 Uhr
BesetzerInnen Soliparty
in der Köpi 137

Dienstag, 3.12.
19.00 Uhr
Film: Hass im Syndikat, Weisestr.56, U-Bhf Boddinstr.

Sonntag, 1.12.
15.00 Uhr
Ko-Treffen für eine zentrale Koordinierung für den Widerstand gegen Atommüllstransport nach Ahaus
in der Gaststätte Concordia, Eperstraße
Kontakt: INFAM, Postfach 1632, 48666 Ahaus
18.00 Uhr
Filme: Castor-Transport X^2 - Videodoku &
Wir prügeln den Castor nach Bonn
im El Locco, Kreuzbergstr. 43

Donnerstag, 5.12.
21.00 Uhr
Tierrechtscafe in der Köpi 137



DEMO

Sa, 30.11. 14[00]

Rosa-Luxemburg-Platz